Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

undachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien, bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 19.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 9. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen die Petitzeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Die Fortschrittspartei in Schlesien.

Die fortschrittlichen Abgeordneten Eugen Richter und Ludolf Parisius, die beide als Publizisten auch in der Presse einen großen Partei Einfluß ausüben, haben, der eine als Schriftsteller, der andere als Redner, während der parlamentarischen Weihnachtsferien unter die Fortschrittsmänner von Schlesien eine Streitfrage geworfen, wodurch der schon seit 1866 hier bestehende Gegensatz zwischen dem linken und rechten Flügel der Fortschrittspartei von Neuem aufs Schroffste hervorgetreten ist. Von Ludolf Parisius ist dieser Tage eine Schrift herausgegeben worden, welche den Titel führt „Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck“, Herr Eugen Richter aber hat die parlamentarische Muße benutzt, um einer Einladung nach Brieg und Breslau zu folgen und dort Reden zu halten, die den ausgesprochenen Zweck hatten, das Parteileben mehr anzuregen. Am 4. d. M. sprach derselbe in Brieg über „Selbstverwaltung und Beamtenregierung“ wobei er die gegenwärtige Verwaltungsreform (Kreisordnung, Provinzialordnung und besonders das Kompetenzgesetz) einer scharfen Kritik unterzog, den Grund aller Mängel erblickte er in dem Fehlen einer Landgemeindeordnung, mit deren Reorganisation der Anfang zu machen war. Sowohl diese Versammlung welcher auch der Vertreter des fortschrittlichen Wahlkreises, der Abgeordnete Allnoch und der fortschrittliche Abgeordnete für Breslau Rechtsanwalt Freund beiwohnte, wie auch das darauf folgende Souper verliefen in sehr harmonischer Stimmung, die in Ehrenbezeugungen für den Führer der Fortschrittspartei Ausdruck fanden.

Weniger gemüthlich ging es in der Hauptstadt des Landes zu, wo Herr Richter am folgenden Tage eintraf um die uns drohenden Steuererhöhungen zu behandeln. Indessen widmete er diesem Gegenstande nur den ersten kleineren Theil seines Vortrags, um sich sodann fast anderthalb Stunden mit der Konferenz in Varzin und den Nationalliberalen zu beschäftigen, wobei das weise und tapfere Verhalten der Fortschrittspartei vortheilhaft beleuchtet wurde. Dieser Theil der Rede war in demselben Sinne gehalten wie die schriftliche Darstellung des Herrn Parisius, nur mit dem Unterschiede, daß Herr Parisius Herrn Richter lobt, während Herr Richter dafür stets „die Fortschrittspartei“ sagte.

Der Uebergang zu dem Thema „die politischen Parteien und Bismarck“ hatte seinen guten Grund.

In der Morgennummer der „Breslauer Ztg.“ vom 5. d. Mts. — also an demselben Tage — war ein Leitartikel erschienen über die Fortschrittspartei und das Ministerium Bismarck. Das Blatt begrüßte darin die bevorstehende Versammlung der Fortschrittspartei als ein erfreuliches Zeichen politischer Regsamkeit, von der das fortschrittliche Hauptorgan Schlesiens einen neuen Aufschwung der Partei erwarte. Sodann aber fügte das Blatt hinzu: „Die Prinzipien haben sich, seitdem sie in dem alten Programm der Partei im Jahre 1861 aufgestellt worden, nicht geändert; was sich aber geändert hat, das scheint uns die Taktik zu sein, durch welche sie, wie sich gar nicht leugnen läßt, die frühere Fühlung mit dem Volke zum Theil verloren hat. Eine vermehrte Agitation, die wir ja, wie gesagt, willkommen heißen, allein ist nicht hinreichend; wir hoffen, daß die Partei die Kritik, durch welche sie sich ja stets ausgezeichnet hat, bei den stattfindenden Besprechungen auch an sich selbst zu üben nicht unterläßt.“

Zu diesen Bemerkungen fand sich die „Bresl. Ztg.“ durch die Schrift von Parisius veranlaßt. Nachdem sie dem Verfasser verschiedene Komplimente gesagt, kommt sie auf die Fehler zu sprechen, „die man einem Theile der Fortschrittspartei zum Vorwurf macht“. Sie erblickt diese Fehler in der Stellung der Fortschrittspartei zu Bismarck und schreibt:

Fast kommt es uns so vor, als erachte es der Verfasser als eine Aufgabe der Fortschrittspartei, die Stellung des Reichskanzlers zu erschüttern oder ihn wohl gar aus derselben zu verdrängen. Gewiß hat der Verfasser mit seiner Behauptung Recht, daß auch Fürst Bismarck nicht unersetzlich ist, aber abgesehen davon, was dieser Staatsmann gewirkt und geschaffen hat, braucht man nur einen oberflächlichen Blick auf die europäischen Konstellationen zu werfen, um mit uns zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß in diesem Augenblick der Rücktritt Bismarck's geradezu ein nationales Unglück wäre, gleichviel ob dieses Ereigniß einträte in Folge der sogenannten „Friktionen“ bei Hofe oder, was wir allerdings für das Unwahrscheinlichste halten, in Folge politischer Nergeleien und Mäkeleien aus der Mitte des Parlaments.

Wir halten diese Letzteren besonders für einen politischen Fehler, den wir am liebsten den Ultramontanen überlassen, die ja das Geschäft auch recht gut besorgen. Hierin scheint uns, liegt die Hauptdifferenz zwischen der — nun sagen wir — schlesischen oder breslauer Fortschrittspartei und der berliner; wir finden die Differenz auch in dem, wir wiederholen, sehr beachtungswerthen Werke von Parisius.

Bismarck ist nicht unersetzlich. Gewiß. Aber zählt die Fortschrittspartei in ihren Reihen einen Mann, der an seine Stelle treten könnte; oder hegt sie auch nur die leiseste Hoffnung, daß an maßgebender Stelle sich die Wahl auf Einen aus ihrer Mitte richten könnte? Daran denkt die Fortschrittspartei nicht. Es ist auch Niemand da, auch nicht in der nationalliberalen Partei. Wenn Bismarck ersetzt werden muß, so geschieht es so sicher, als wir dieses niederschreiben, durch ein Mitglied der hochkonservativen Partei und zwar aus den reaktionärsten Reihen. Ei, so überlasse man doch dieser Partei das Geschäft, Bismarck zu verdrängen; sie hat sich ja in dergleichen versucht und wird im Verein mit der ultramontanen Partei das Weitere bestens besorgen. Wozu sollen wir diesen die Freiheit und die Zivilisation geradezu vernichtenden Parteien die Kastanien aus dem Feuer holen? Also fort mit diesen Plänkeleien gegen den Reichskanzler; sie haben der Fortschrittspartei mehr als alles Andere geschadet und tragen vorzugsweise die Schuld, daß die Partei die Fühlung mit dem Volke zum Theil verloren hat. Diese muß vor Allem wieder gewonnen werden.

Aber Bismarck geht mit reaktionären Plänen schwanger! Soll die Fortschrittspartei dazu schweigen? Das wäre ein Verbrechen gegen ihre eigentlichste und hauptsächlichste Aufgabe. Denn sie ist und soll bleiben eine Partei der Opposition; sie soll, nachdem die Einheit errungen, die wirthschaftliche und politische Freiheit zur Wahrheit machen und muß jeder beginnenden Fraktion mit äußerster Entschiedenheit entgegentreten. Auch wir selbst werden nach wie vor nicht fehlen, sobald es dem Kampfe gegen diese Reaktion gilt. Wir gehören auch nicht zu denjenigen, welche wie einst im Jahre 1849 ein jetzt hoch angesehener Fortschrittsmann sagte: Ich sehe die Reaktion nicht. Wir sind in dieser Beziehung durch die Erfahrung etwas feinfühliger geworden.

Jedoch direkte oder indirekte Steuern, natürlich diese und jene mit Auswahl, Reichs- und Staatseisenbahnen oder Privateisenbahnen u. s. w., das sind nach unserer Ansicht doch nicht die politischen Partei-Gegensätze, um welche ein Mann wie Bismarck gestürzt werden müßte. Wir kennen sehr reaktionäre Männer, die für die direkten Steuern schwärmen, und wir kennen umgekehrt entschiedene Demokraten, welche indirekte Steuern für besser halten; ja wir haben es in der breslauer Stadtverordneten-Versammlung erlebt, daß, als es sich um die Beibehaltung der Schlachtsteuer handelte, so ziemlich die ganze Fortschrittspartei dafür stimmte. Es hat mit der Mahl- und Schlachtsteuer überhaupt seine eigenthümliche Bewandtniß. Ganz so verhält es sich mit den Reichseisenbahnen; sie haben innerhalb der Fortschrittspartei ihre Gegner und Vertheidiger ganz so wie die Privateisenbahnen. Wir haben aus Bismarcks eigenem Munde im Reichstag gehört, daß er gelernt habe und noch zu lernen bereit sei; gut man belehre ihn, wenn er wirklich mit verderblichen Plänen umgeht. Aber zum Partei-Schiboleth sind diese Fragen nicht zu machen.

Wir geben einfach der heutigen Versammlung diese Worte zur Erwägung. Nebenbei lag es uns auch einmal daran, unsern Standpunkt klar zu machen.

Diese freimüthigen Erklärungen eines angesehenen fortschrittlichen Organs erregten besonders in der Fortschrittspartei großes Aufsehen und bereits Nachmittag beschäftigte sich damit eine nach Breslau berufene Konferenz der Vertrauensmänner der Fortschrittspartei aus der Provinz Schlesien. In dieser Versammlung, welche sich eigentlich mit der Frage zu beschäftigen hatte wie die Organisation der Partei innerhalb der Provinz zu beleben sei, schlug die Ansicht des linken Flügels der Fortschrittspartei durch und demgemäß fand sich der Abgeordnete Richter veranlaßt in der am Abend folgenden großen Parteiversammlung, welche im Saale der neuen Börse stattfand, die Ausführungen der „Bresl. Z.“ in schneidiger Weise zu bekämpfen. (Vgl. weiter hinten.)

Herr Richter vertheidigte die Taktik der Fortschrittspartei und wandte sich besonders gegen den angenommenen Gegensatz zwischen der berliner Fortschrittspartei und der Fortschrittspartei im Lande. Nebenbei bemerkt ist dieser Gegensatz nicht allein von der „Bresl. Z.“ sondern auch von anderen Blättern behauptet worden, und die berliner Zentralleitung der Partei bestreitet diese Meinung ebenso energisch wie der Vatikan die Behauptung bekämpft, daß zwischen Ultramontanen und Katholiken ein Gegensatz sei. Beide, die fortschrittliche wie die ultramontane Zentralleitung haben insofern Recht, als der linke Flügel beider Parteien, die unentwegte Opposition, gegenwärtig auch in den meisten Provinzen oben auf ist und ihren Einfluß benützt hat, um die gemäßigteren Elemente mundtodt zu machen oder zu exkommuniziren resp. zum Austritt aus der Partei zu zwingen. Der Abgeordnete Richter konnte daher mit Recht sagen, daß die Fortschrittspartei niemals einiger und geschlossener sei als in diesem Augenblicke. Wir sind neugierig, ob die Reise des Herrn Richter nach Schlesien auch dort eine so vollständige Einigkeit und Geschlossenheit bewerkstelligen wird.

Das Abgeordnetenhaus tritt heute (8. d.) zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Die Einberufung des deutschen Reichstages ist zwar noch nicht erfolgt, und bis jetzt ist auch noch nicht einmal der Termin bekannt, an welchem er zusammentreten soll; indessen wendet sich doch die öffentliche Aufmerksamkeit bereits mit steigendem Interesse der nächsten Reichstagssession zu. Das giebt der nationalliberalen „Berl. Aut. Corr.“ Anlaß, einen Vergleich zu ziehen zwischen den Aufgaben der Reichsgesetzgebung und denen des preußischen Landtages. Sie hebt hervor, wie die Sessionen des letzteren selbst in Ermangelung größerer organischer Vorlagen wegen der zahlreichen Gesetze von sogenanntem technischen Charakter oder von lokalem Interesse und der Fülle des durch die Petitionen gebotenen Materials ein belebtes Bild gewähren und fährt dann fort:

„Dem gegenüber „wird die Reichsgesetzgebung und der Reichstag stets“ einen, so zu sagen, vornehmen Charakter sich bewahren. Zugewandt den großen nationalen Fragen, dem Schutze und der Vertretung des Reiches nach Außen hin, der Entwickelung des nationalen Rechtslebens und der Ordnung der wirthschaftlichen Grundlagen im Innern werden Reichsgesetzgebung und Reichstag stets von der Theilnahme der gesammten deutschen Nation begleitet werden, wenn irgend eine große Frage an sie herantritt und „der Parteien Gunst und Haß“ werden dann ihre volle Schale über sie ausschütten; in Zeiten aber, wo derartige Fragen nicht auf der Tagesordnung stehen, sind beide von der Gefahr bedroht, in Erschlaffung zu versinken, weil ihnen jenes Lebenselement, die begleitende Theilnahme der Nation sich entzieht. Wer es gut und treu meint mit dem Reiche, der muß es seine stete Sorge sein lassen, daß vom Herzen desselben ein lebhafter Pulsschlag ausgeht; das kann aber nur bewirkt werden, wenn eine kräftige Organisation die Lebensfunktionen regelt. Der Reichstag wird daher nicht säumen dürfen, sich mit der Frage der Reichsorganisation zu beschäftigen; es ist ja kein neuer Gegenstand, den er damit auf seine Tagesordnung setzt. Das Bedürfniß nach einer „That“ auf diesem Gebiete ist so alt, wie die Bundesverfassung und es ist ihm auch schon zu verschiedenen Malen ein den jeweiligen Zeitumständen angemessener Ausdruck gegeben worden. Wenn der Reichstag sich in seiner nächsten Session abermals dieser Frage zuwenden wird, so wird nur Eins dabei neu sein, das die „innere Lage sich einer Lösung dieser Frage heute so günstig erweist, wie noch nie zuvor. Wenn die neue Reichsorganisation dazu bestimmt erscheint, das Reich selber zu kräftigeren Leistungen als bisher zu befähigen, so wird doch von keiner Seite, die Berücksichtigung verdient, dabei eine Schmälerung der Wirksamkeit der einzelnen Bundesstaaten angestrebt. Im Gegentheil, es wird die Stellung der Einzelstaaten im Reiche erst dann eine wahrhaft freie werden, wenn das Reich zu einer Befestigung seiner Organisation gelangt ist und die Einzelstaaten sich in dieselbe gefügt haben, so daß ein Jeder an seiner Stelle und zu seiner eigenen Freude dem Ganzen dient.

Auch nach einer anderen Richtung tritt die „BAC.“ zu Gunsten der Reichsgesetzgebung den Bestrebungen entgegen, welche Materien, deren Regelung innerhalb der Kompetenz jener liegt, vorweg einer Einzelregierung zur Erledigung überweisen. Sie führt bezüglich der durch eine Interpellation des Abgeordneten Dr. Meyer im Abgeordnetenhause angeregten gesetzlichen Regelung des Spezialpfandrechts für Hypothekenbriefinhaber folgendes aus:

Der Gegenstand gehört als eine Ergänzung zur Konkursordnung vor die Reichsgesetzgebung, sobald dieselbe ihn an sich nimmt. Warum, so fragen wir, soll die preußische Landesgesetzgebung sich damit befassen, bevor das Reich es abgelehnt hat, von sich aus die „Ergänzung“ des betreffenden Reichsgesetzes in die Hand zu nehmen? Uns scheint es der allein richtige Weg zu sein, daß der Gesetzentwurf, welcher auf Grund der Verhandlungen der gedachten Konferenz etwa vom preußischen Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ausgearbeitet wird, schleunigst als preußischer Antrag in den zur Zeit ja versammelten Bundesrath eingebracht wird. Es ist nicht anzunehmen, daß der Bundesrath sich der Pflicht entziehen wird, wirklich bestehende Mißstände, denen sich durch eine Ergänzung der Konkursordnung Abhilfe schaffen läßt, im Wege der Reichsgesetzgebung zu beseitigen, vor Allem, wo seine Mühe bei diesem verdienstlichen Werke eine so geringfügige ist, wie in dem vorliegenden Falle. Die Sache liegt an sich sehr einfach, ist durchaus als eine juristische Frage zu behandeln und mit der Zustimmung des Bundesrathes zu dem ihm vorgelegten preußischen Antrage, welcher alsbald den ausgearbeiteten Gesetzentwurf enthält, nach kurzer Berichterstattung durch den betreffenden Ausschuß zu erledigen. Wozu also durch ein preußisches Landesgesetz ein Reichsgesetz ergänzen, wo das Reich noch gar nicht angerufen ist, einem durch eine Lücke in jenem Reichsgesetze verschuldeten Uebelstande Abhülfe zu verschaffen? Wer das Reich stärken will wer da bedauert, daß die Reichsbehörden durch die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten sich nicht in dem erwünschten Maße unterstützt sehen, der sollte doch vor allen Dingen in Fragen wo das Reich kompetent ist und Hülfe schaffen kann, an dem Reiche nicht vorbeigehen, ohne bei ihm wenigstens angeklopft zu haben; öffnet sich die Pforte nur zu einer abweisenden Antwort, nun so ist ja noch immer Zeit, mit einem Landesgesetz als einem Akt berechtigter Nothwehr vorzugehen.

Deutschland.

* **Berlin**, 7. Jan. Wie der „Voss. Ztg.“ mitgetheilt wird, entbehren alle Angaben über den Zeitpunkt der Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin der positiven Unterlage. Der Reichskanzler, dessen Gesundheit eine ganz vortreffliche war, ist (wie schon anderweitig gemeldet) in den letzten Tagen des Jahres von einem Rückfall seines Leidens betroffen worden, welcher fürs Erste jede feste Disposition über die Wiederaufnahme der Geschäfte zur Unmöglichkeit macht. „Möglich, daß der neuralgische Anfall diesmal schnell vorübergeht; nur in diesem Falle würde eine baldige Rückkehr des Reichskanzlers zu erwarten sein.“ Wie in militärischen Kreisen verlautet, ist der General der Infanterie v. Tresckow, General-Adjutant des Kaisers und Königs und kommandirender General des 9. Armeekorps, zum Kommandirenden des 13. (königl. württemb.) Armeekorps an Stelle des verstorbenen Generals v. Schwartzkoppen in Aussicht genommen. Dem General-Lieutenant v. Obernitz, Kommandeur der 14. Division in Düsseldorf, soll dem Vernehmen nach das General-Kommando des 9. Armeekorps in Altona übertragen werden. Für die Besetzung der dadurch und sonst frei werdenden Divisions-Kommandos sind der „Kreuz-Ztg.“ nach zunächst die Generalmajors v. Hertzberg und v. Conradi in Aussicht genommen.

— In der Plenarsitzung des Bundesraths vom 7. d. brachte der Vorsitzende die Gesetz-Entwürfe wegen Abänderung der Gewerbe-Ordnung und wegen der Gewerbegerichte, sowie eine Vorlage, betreffend die Evidenthaltung der Personenstands-Register ein. Dieselbe bezieht sich auf die nachträglichen Aenderungen der Personennamen, über welchen Punkt eine verschiedene Rechtsanschauung in den Urtheilen der Gerichtshöfe hervorgetreten ist. Ferner wurde der Geschäftsbericht des Bundesamts für das Heimathwesen für das Jahr vom 1. Dezember 1876 bis dahin 1877 mitgetheilt. Ein Antrag Württembergs, betreffend die Zulassung von Abweichungen von den Bestimmungen des Eisenbahnpolizei-Reglements — ein Antrag Badens, betreffend den Gesetzentwurf über den Spielkartenstempel, sowie ein Antrag, betreffend den Abschluß eines Uebereinkommens mit der Schweiz wegen Gestattung des unmittelbaren Geschäftsverkehrs zwischen den beiderseitigen Gerichtsbehörden wurde den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Hierauf erfolgte die Abstimmung über den Entwurf einer Rechtsanwalts-Ordnung. Derselbe wurde angenommen. Sodann wurde über die Sicherung der Zollgrenze gegen die ausgeschlossenen Bremischen Gebietstheile und einige andere Zollverwaltungs-Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

— Ueber die Entwickelung des Torpedowesens wird der „Wes.-Ztg.“ geschrieben: Seit den ersten Erfolgen, welche die russischen Torpedos im Sommer auf der Donau gegen türkische Monitors davon getragen haben, hat die russische Marineverwaltung alle ihre Kräfte auf die Ausbildung dieses neuen Zweiges des Seekrieges konzentrirt und auf alle Versuche, das sonstige Flottenmaterial zu verstärken, verzichtet. Nach dem Urtheile Sachverständiger hat Rußlan

in der That in dieser Richtung von den übrigen Seemächten einen erheblichen Vorsprung gewonnen. Einen durchaus zutreffenden Vergleich der Leistungen der einzelnen Mächte auf dem Gebiete des Torpedowesens anzustellen, ist freilich nicht wohl möglich, da jede Regierung Sorge dafür trägt, daß das, was sie in dieser Beziehung leistet, den übrigen Regierungen verborgen bleibt. Die englische Admiralität hat eine fast fieberhafte Thätigkeit auf diesem Gebiete entfaltet, und auch in Italien thut man das Mögliche, um nicht hinter den übrigen Seemächten zurückzubleiben. Daß unter diesen Umständen die deutsche Marineverwaltung sich von dem Wettstreite auf diesem namentlich für die Vertheidigung der deutschen Küsten so wichtigen Gebiete nicht ausschließen werde, war zu erwarten. Nachdem in den Jahren 1873 bis 1876 bereits 3 Millionen Mk. und im Etat für 1877/78 weitere 600,000 Mk. zur Beschaffung von Torpedokriegsmaterial und von Torpedodienstgebäuden ausgesetzt worden sind, verlangt der Etat für 1878/79 die Erhöhung dieser Position auf ca. 950,000 Mk. Was mit diesen Summen bisher geleistet worden, entzieht sich (da die betr. Resultate geheim gehalten werden) natürlich der Beurtheilung.

Königsberg, 6. Januar. Dr. Gustav Hirschfeld, bekannt als Leiter der Ausgrabungen in Olympia während der Jahre 1875—1877 ist, wie gemeldet wird, von der betreffenden Fakultät einstimmig für die Professur der Archäologie an unserer Universität dem Minister in Vorschlag gebracht worden. Dr. Hirschfeld hat sich eben nach London begeben, um die übernommenen Arbeiten am British Museum auszuführen; mit dem Beginn des nächsten Semesters dürfte er voraussichtlich hier den archäologischen Lehrstuhl einnehmen.

Breslau, 7. Januar. Die Ursulinerinnen und die Schulschwestern hierselbst haben die Weisung erhalten, ihre bisherige Thätigkeit zum 1. Oktober d. J. einzustellen. Wie verlautet, gedenken die Ursulinerinnen eine neue Niederlassung bei Marseille zu gründen, während die Schulschwestern sich nach einem Ort in Mähren begeben werden.

Görlitz, 7. Januar. Seit dem im August erfolgten Tode des Feldmarschalls v. Steinmetz ist wiederholt davon die Rede gewesen, daß der greise Feldmarschall den Heimfall seines bedeutenden Vermögens an den Invalidenfonds nach dem Tode seiner Wittwe testamentarisch angeordnet habe. Wie nach der „Bresl. Ztg." zuverlässig verlautet, existirt überhaupt kein gültiges Testament des Feldmarschalls. Derselbe hatte kurz vor seinem plötzlich eingetretenen Tode einen berliner Rechtsanwalt beauftragt, ein Testament aufzusetzen, dasselbe ist aber von dem Verstorbenen nicht vollzogen, da es erst am Tage vor seinem Tode vollendet worden ist.

Aus Essen wird geschrieben: „Kaum ist es gelungen, zwischen den Bergwerken, die den ganzen Grund und Boden, auf dem unsere Stadt ruht, unterminiren, und den Eigenthümern, deren Häuser durch die fortwährende Bodenbewegung in hohem Maße beschädigt werden, eine Einigung zu Wege zu bringen über die Art und Weise, nach welcher der Schaden und der Ersatz dafür festgestellt werden sollen, so fangen die Bodensenkungen von Neuem an, sich in bedrohlicher Weise zu vermehren, so daß gar nicht abzusehen ist, wie das Ganze noch enden wird. Die Bahnhofs- und Grabenstraße haben schon Jahre lang unter dieser Kalamität gelitten, ohne daß bis jetzt ein merkliches Zeichen für eine Besserung oder Stabilität des Zustandes zu erblicken wäre. In der Linden-Allee, der Frohnhauser Straße u. s. w. hat man versucht, sich durch Verankerung der Häuser, denen zu diesem Zwecke 2 oder 3 eiserne Gürtel umgeschmiedet worden, sicher zu stellen, aber auch dies Mittel scheint nicht immer zu helfen. Selbst die Fachwerkbauten zeigen, daß sie den Bewegungen des Bodens zu folgen gezwungen sind und in vielen, vielen Häusern sind die Eingänge und Fensterrahmen durch eingeklemmte Balken vor dem Zusammenbrechen geschützt. Oft ereignet es sich auch, daß Tagesbrüche mitten in den Straßen der Stadt entstehen, d. h. an einer gewissen Stelle der Straße sinkt plötzlich die gepflasterte Oberfläche 2 oder mehr Meter tief ein, und so geschah es im vorigen Jahre noch in der Kopstadtstraße, daß ein zweirädriges Fuhrwerk plötzlich in einen Abgrund stürzte, der sich gerade in dem Augenblicke unter dem Karren öffnete, als derselbe die ganz unverdächtige Stelle passirte. Da, wo die Kopstadtstraße mit der Rheinischen eine Ecke bildet, hat sich kürzlich ein neuer, man kann sagen, noch schlimmerer Fall ereignet, indem das Eckhaus, das glücklicherweise nicht bewohnt ist, derartig zu reißen anfing, daß alle Fensterscheiben des Erdgeschosses unter dem Druck des an der einen Seite sich senkenden Hauses zersprungen sind und das Haus sofort gestützt werden mußte. Das Gebäude macht einen so beängstigenden Eindruck, daß man sich fast fürchten muß, das Trottoir vor demselben zu betreten. In der benachbarten Segerothstraße bemerkt man neuerdings ein durchaus solide gebautes Haus, dessen Eingang durch 2 mächtige Tannenbäume gestützt ist, obgleich dasselbe eine gußeiserne Balkenlage enthält. Aus dem Gesagten läßt sich erkennen, in welchem Maße die Erdkruste, auf der unsere Stadt erbaut ist, durchwühlt und durchlöchert ist, und wie sehr dadurch der Grundbesitz entwerthet wird. Den Bergwerken wird es aber auch schließlich zu schwer werden, allen Schadenersatz-Ansprüchen gerecht zu werden, namentlich wenn die jetzigen traurigen Zeitverhältnisse noch längere Jahre andauern sollten."

Metz, 4. Januar. Hier wurde bekanntlich vor einigen Wochen einem deutschen Offizier, „weil er in Uniform erschienen war", von dem Vorstand einer französisch gesinnten Musikgesellschaft, die im Theater ein Konzert gab, die Thür gewiesen. Die Verwaltung leitete sofort ein Disziplinarverfahren ein, dessen Wirkungen jedoch die Selbstauflösung der Gesellschaft illusorisch machte. Doch scheint man sich polizeilicherseits hiermit nicht begnügt zu haben. Man spricht nämlich von neuen Ausweisungen, die man jenem Zwischenfalle zuschreibt. Doch soll der Präsident von Lothringen den betroffenen Personen Aufschub gewährt haben.

Frankreich.

Dem kürzlich von Herrn Krantz ausgegebenen Bericht über den Stand der Arbeiten für die Weltausstellung entnehmen wir Folgendes:

Das Ausstellungsgebäude des Marsfeldes ist schon ganz unter Dach und die Handwerker sind mit der Einsetzung der Fenster und Fußböden beschäftigt, während fremde und einheimische Aussteller ihnen auf dem Fuße folgen und sich in ihren Abtheilungen einzurichten anfangen. Der Schienenweg, welcher die Ausstellung mit der Gürtelbahn verbinden soll, ist gelegt, die Anpflanzung von Park und Garten macht rasche Fortschritte und die verschiedenen kleineren Gebäude, welche z. B. von der Gesellschaft des Creusot, der pariser Gasgesellschaft, dem Restaurantbesitzer Duval u. A. neben dem Ausstellungspalaste errichtet werden, sind ebenfalls in der Vollendung begriffen. Hart am linken Ufer der Seine nimmt die Ausstellung der Marine einen Flächeninhalt von 6800 und daneben das Salzwasseraquarium einen Raum von 1800 Quadratmetern ein, die anderen Thiere werden auf der Esplanade des Invalides untergebracht, wo Ställe für 12—1500 Ochsen, eine entsprechende Anzahl Schafe, Ziegen, Schweine 2c. ihrer harren. Der Ausstellungspalast des Trocadero mit seiner Umgebung übersteigt jetzt schon in seiner Gesammtwirkung die hochgespanntesten Erwartungen. Der westliche Flügel dieses Palastes wird die Produkte Japans, China's, Persiens, Aegyptens, von Tunis und Marocco aufnehmen und verspricht glänzender auszufallen, als alles bisher in dieser Art Gesehene. Der persische Pavillon ist am Weitesten vorgerückt; die kürzlich eingetroffenen Arbeiter aus Yeddo, welche der japanischen Abtheilung ihren echt nationalen Charakter geben sollen, werden ihre Arbeit nächstens beginnen. Bekanntlich war beschlossen worden, die Façade jedes Pavillons mit einer an die hervorragenden Baudenkmäler oder an die charakteristische Bauart der einzelnen Länder erinnernden Verzierung zu schmücken. Die Ausführung dieser Idee war hauptsächlich in Anbetracht der dadurch vermehrten Ausgabe auf bedeutende Hindernisse gestoßen; aber diese sind jetzt größtentheils gehoben und mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn, sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben alle Nationalitäten ihre Zeichnungen eingebracht und sich mit französischen oder einheimischen Bauunternehmern verständigt. Die retrospektive Kunstausstellung der außereuropäischen Völker nimmt unter der Leitung eines berufenen Gelehrten, Herrn v. Longpérier, unerhoffte Verhältnisse in einem Raume an, der die Galerie der Geschichte der Arbeit vom Jahre 1867 noch um 2000 Quadratmeter übertrifft; als ganz neu und außerordentlich interessant führt Herr Krantz die von der anthropologischen Gesellschaft zu Paris eingerichtete Ausstellung an, die in acht Gruppen zerfällt und bis jetzt 140 Anmeldungen von Privatpersonen und Museen erhalten hat. Der Ausstellungskatalog wird zwölf Bände umfassen, die frei von allen Geschäftsreklamen nur Aufzählendes und Erläuterndes enthalten sollen.

Paris, 6. Januar. Die „France" schreibt Folgendes: Gambetta habe in einer Unterredung mit dem König Victor Emanuel gesagt: „Gestatten Sie einem französischen Republikaner, einen konstitutionellen Monarchen zu beglückwünschen, der mit gewissenhafter Treue das Gesetz der parlamentarischen Mehrheit beobachtet." Der König habe darauf geantwortet: „Beglückwünschen Sie mich deshalb nicht, ich thue nur meine Pflicht, und wenn Sie in Italien so populär wären, wie Sie in Frankreich sind, und ich die Ehre hätte, Ihr Souverän zu sein, so wären Sie mein erster Minister."

Großbritannien und Irland.

London. Die leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung in den brittischen Landen, wovon die telegraphisch signalisirte „Standard"-Auslassung ein interessantes pathogolisches Pröbchen liefert, thut dar, daß Englands Volk, welches dem Verlauf der Orientereignisse bislang in objektiver Ruhe zuschaute, keineswegs gleichgültig bei der Entdeckung bleibt, daß man es ins Schlepptau einer durch einseitig subjektive Erwägungen inspirirten Aktionspolitik zu nehmen gedenkt. Die „Times" erklärt in einem geharnischten Leitartikel, Englands Ehre und Interessen wären durch einen Krieg zu Gunsten der Türkei geopfert. England wolle keinen Krieg, und es sei unerträglich, daß das Land durch die Kriegsdrohung beunruhigt werde. Ein solcher Krieg wäre der wahnsinnigste und unmoralischste aller Kriege, welche England jemals geführt habe. Die festgeschlossene Masse der denkenden Männer sei hierüber einer Meinung. — Die „Daily News" tritt noch viel energischer auf. England wolle den Frieden, allein seine Wünsche blieben unbeachtet. „Asiatische Verheimlichung" und „eine persönliche Regierung" verschwören sich gegen die wahren Interessen Englands, und dieses sei jetzt mehr zu bedauern, als Frankreich vor Kurzem.

„Wir haben", — so schreibt die „Daily News", „Hungersnoth in manchen Theiten des Landes; in Süd-Afrika droht ein Krieg; wir können keinen Soldaten in Indien entbehren; unsere Einnahmen sind in Abnahme begriffen; einige unserer größten Industrien welken dahin; England braucht den Frieden und fleht darum den gewissenlosen Minister, welcher alle Interessen bedroht, an. Bald muß das Land eine andere Sprache führen, damit die Erhaltung des Friedens nicht zur Unmöglichkeit werd.e"

Das Friedensbedürfniß Englands wird auch in den londoner Korrespondenzen der verschiedensten festländischen großen Journale betont, und durch Thatsachen nach Art der vorgestern von uns mitgetheilten erläutert.

Eine neue Ueberraschung der diesem entgegenstrebenden Kabinetspolitik verkündigt inzwischen die „Whitehall Review", indem sie schreibt, das Kanalgeschwader werde unter Lord John Hay's Kommando binnen wenigen Tagen nach Lissabon in See gehen und seinen Kurs voraussichtlich nach Gibraltar fortsetzen. Die Stärke dieser Flotte soll alsbald erhöht werden.

Bekanntlich hegt die römische Kurie die Absicht, die römisch-katholische Hierarchie in Schottland wiederherzustellen. Dieses Unternehmen ist jedoch bei der englischen Regierung auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Papst hat nunmehr, wie aus Rom gemeldet wird, dem Kardinal Manning Vollmacht ertheilt, die Verhandlungen mit der englischen Regierung zum Abschluß zu bringen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Gleichzeitig mit der wichtigen Nachricht von der Besetzung Sophia's durch die Russen kam auch die — freilich noch unverbürgte — Kunde von dem Uebergange der russischen Truppen über den Balkan durch den Schipkapaß unter Führung des General Radetzki. Für letztere Mittheilung fehlt allerdings noch die offizielle Beglaubigung, aber sie gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die bereits früher gebrachte Mittheilung, daß ein großer Theil der dort gestandenen türkischen Truppen westwärts abmarschirt sei, sowie durch den Umstand, daß nach dem Zurückweichen der Sophiaarmee auf Tatar Bazardschik an eine belangreiche Vertheidigung der Balkanpässe ohnehin nicht mehr zu denken ist. Das Corps des Generals Gurko hat seine beharrliche und energische Offensive in schwerstem Kampfe mit den Elementen vollzogen, deren Gegnerschaft ungleich empfindlicher als die der Türken war. Von den Gardetruppen des Generals Dandeville sind nicht weniger als 10 Offiziere und 810 Soldaten in Folge der Kälte erkrankt, 53 Soldaten erfroren. Bereits am 2. Januar begann der Vormarsch gegen Sophia, und zwar mit der 31. Division des Generals Weliaminoff. Es ist hiermit zugleich das erste Anzeichen über die Zusammensetzung des Gurko'schen Corps gegeben. Dasselbe besteht außer den drei Garde-Infanteriedivisionen zunächst noch aus der 31. Infanteriedivision (vom 9. Corps Krüdener) und der kaukasischen Kosakenbrigade, welche sich also nicht bei General Skobeleff im Trojanpaß befindet. Die vor einigen Tagen im Widerspruch mit den Meldungen der „Pol. Corr.", welche das 9. Corps nach Tirnova marschiren ließ, gebrachte Mittheilung des „H. T. T." wonach General Krüdener mit seinem Corps in Wratza eingerückt sei, scheint sich demnach zu bestätigen. Die 31. Division hat allem Anschein nach ihren Weg über Wratza, Lutikowo, Ogaja genommen, sodann den Weg über das Gebirge über die Ortschaften Lokovska und Remikovska fortgesetzt und beim Dorfe Bugaroff die große Heerstraße erreicht. Dort wurde die Division am 1. Januar von der Besatzungsdivision von Sophia angegriffen. Der mit großer Heftigkeit erfolgte umfassende türkische Angriff wurde zurückgeschlagen. Unter dem Schutze desselben scheinen die Türken die auf der Straße nach Ichtiman über den Isker führende von den Kosaken zerstörte Brücke wieder hergestellt zu haben. Am 3 Januar trat General Gurko mit der Division Weliaminoff seinerseits den Vormarsch gegen Sophia an und rückte nach einem kurzen Gefecht am Iskerübergang, bei dem Dorfe Wratschedewno, in die Stadt Sophia ein. Die türkische Besatzung soll nach Ichtiman abmarschirt sein.

Mit der Einnahme von Sophia sind die russischen Kriegsunternehmungen seit dem Falle Plewnas in gewisser Richtung hin zum Abschluß gelangt. Mit der Einnahme von Sophia haben die Operationen in West-Bulgarien ihr Ziel erreicht. Von dort aus beginnen nun die Operationen in Rumelien. Sophia, bulgarisch Triaditza, zählt etwa 30,000 Einwohner, ist am Isker gelegen, Sitz eines griechischen Erzbischofs und hat Seiden-, Tuch- und Tabaks-Fabriken, so wie lebhaften Handel. Die Geschichte Sophias reicht bis zu den Zeiten Kaiser Justinians; in türkischem Besitze ist die Stadt seit 1382.

Nach der Entscheidung bei Sophia zieht sich die russische Operationsfront nunmehr von Pirot über Sophia, Slatitza, den Trojans-, Rosalita-, Schipka- und Zainkiöi-Paß über Elena und Popköi nach Rustschuk. Man wird wohl kaum fehlgreifen mit der Annahme, daß die russische Armee jetzt eine allmähliche Linksschwenkung vornehmen wird, bei welcher der linke bei Rustschuk stehende Flügel das Pivot, General Gurko aber den schwenkenden Flügel bilden wird. Je meh

---

Theater.

Seil Eröffnung der Wintersaison hat auf der hiesigen Bühne bis jetzt ausschließlich die Oper dominirt; die Direktion hatte zwar auch ein Schauspielpersonal engagirt, doch gab dasselbe in Thorn Vorstellungen. Seit Montag ist eine Aenderung darin eingetreten. Die Oper bleibt zwar noch eine Weile hier — dem Vernehmen nach sollen noch „Tannhäuser", „Die Hugenotten" und „Hans Heiling" vorgeführt werden — doch wird sie künftig mit Schauspiel-Vorstellungen alterniren. Die erste davon fand am Montag statt — bedauerlicherweise vor einem nicht so zahlreichen Auditorium, als man nach so langer Pause hätte annehmen sollen. „Dora", Victorien Sardou's neuestes Schauspiel in 5 Akten, in Berlin seit geraumer Zeit auf dem Repertoire des Residenztheaters, ging bei uns zum ersten Male in Szene.

Das Stück ist, wie von vornherein betont werden muß, keine Ehebruchskomödie, wie sie von Sardou einerseits erwartet, andererseits befürchtet werden konnte. Es gehört jener Sphäre an, die der Verfasser mit seinem Drama „Rabagas" beschritt — doch bildet das politische Moment hier nur die Folie, während es in „Rabagas" die Handlung selbst ist. „Dora" richtet die Spitze unverkennbar gegen Deutschland; Sardou geht nämlich von der Ansicht aus, daß alle fremden Mächte das größte Interesse daran haben, in Paris politische Spione zu unterhalten, um ja über alle, auch die geheimsten Regungen der französischen Nation genau unterrichtet zu werden. Dieses angebliche Spionirsystem zu brandmarken, ist seine Absicht. Direkt einen im Dienste des deutschen Reiches stehenden Spion auftreten zu lassen, ging nicht wohl an; Sardou wählte daher das weniger gefährliche Oesterreich — und dieses in weltbekannter Finanznoth befindliche Oesterreich soll in Paris kolossale Summen vergeuden, um geheime politische Korrespondenzen zu erhalten! Noch wunderlicher ist die Art, wie der österreichische Agent, Baron Kraff, Privatsekretär des Ministers Paulnitz, sein Geschäft betreibt. Er hält es hauptsächlich mit Damen — zweifelhaftester Sorte. Da ist eine ungarische Gräfin, in Wahrheit der Hefe des englischen Volks entsprossen, die auf offener Szene in seinem Solde einen Diebstahl begeht; da ist eine spanische Marquise, Wittwe eines Diktators in Paraguay, die vollkommen verarmt, sich mit Freuden als Spionin anwerben läßt — freilich ohne bei ihrer geistigen Beschränktheit über ihre eigentliche Mission recht klar zu werden; da ist endlich eine Fürstin, die das Geschäft der politischen Intrigue aus Neigung betreibt und ihren Salon den Kundschaftern zur Verfügung stellt.

Auf diesem Hintergrund läßt Sardou sich einen im Ganzen einfach konstruirten Herzens- und Hauskonflikt abspielen. Dora, die reine, hochachtbare Tochter der spanischen Marquise, die von dem sie umgebenden Treiben keine Ahnung hat, kommt durch eigenthümliche Verkettung der Umstände, wobei die Eifersucht der angeblich ungarischen Gräfin erheblich thätig ist, in den Verdacht, dem Gatten, der sie aus tiefster Neigung erwählt, am Hochzeitstage ein wichtiges politisches Dokument entwendet und dieses dem österreichischen Agenten zugestellt zu haben. Aus dieser Voraussetzung entwickeln sich im dritten und vierten Akt mehrere dramatisch außerordentlich wirksame Szenen — sowohl Dora als ihr Gatte Maurillac bestehen heftige Kämpfe; Liebe und Stolz, Glaube und Zweifel begegnen sich auf scharfer Spitze — es giebt starke Explosionen. Das ist der eigentliche Kern des Drama's, der sich etwas spät enthüllt und unseres Erachtens in zu umfangreicher Schaale geboten wird. Die ersten Akte befassen sich nur mit gesellschaftlichen Schilderungen: erst im dritten beginnt die dramatische Aktion. Die Lösung im fünften tritt zu spät ein — zu spät auch deshalb, weil sie schon von der Schürzung des Knotens an gar nicht zweifelhaft sein kann. Im Uebrigen bewährt sich in dem Stück auf's Neue Sardou's eminentes Talent; es fehlt nicht an einzelnen Gedankenblitzen von schlagender Wirkung, die Charakteristik ist theilweise höchst interessant, die Intrigue geschickt eingefädelt. Gleichwohl verhielt sich das Publikum der Novität gegenüber ziemlich kühl — und daran tragen augenscheinlich ihre Grundlagen die Schuld.

Die Darstellung war gelungener, als wir von einer ersten Aufführung erwarteten. „Dora" ist zwar schon in Thorn gespielt worden, das Personal hat aber seitdem, wie man uns sagt, wieder Veränderungen erfahren, so daß also die hiesige Aufführung als völlig neue gelten muß. Bekanntlich ist es schwierig, über eine neue Künstlergesellschaft nach einer einzigen Vorstellung zu urtheilen; es kommen da zu viele Zufälligkeiten in Betracht. Wir behalten uns daher eine nähere Charakterisirung der einzelnen Kräfte vor, bis wir sie öfter und in verschiedenen Aufgaben beschäftigt gesehen haben werden. Gern erkennen wir an, daß der Gesammteindruck der Aufführung ein entschieden günstiger war. Frl. Gutperl vertrat die Titelrolle mit Anmuth und Wärme, namentlich gelangen ihr die Szenen mit Maurillac im zweiten Akt, dagegen schien ihr Organ den kolossalen Anforderungen, welche der Dichter im vierten Akt stellt, nicht ganz gewachsen zu sein. Herr Levinger brachte den Gatten Dora's. Maurillac, besonders in seinen leidenschaftlichen Momenten trefflich zur Geltung. Herr Zwenger spielte den besonnenen Deputirten Favrolle, Herr Maroschy den Michael Tekli angemessen. Eine der undankbarsten Partien hatte Frl. Egger als ungarische Gräfin zu vertreten; sie entledigte sich ihrer Aufgabe mit Geschick. Frau

sich dieser Kalifer und Philippopel nähert, dürfte auch die Ueberschreitung des Zentral-Balkans zwischen Trojan und Elena mit größeren Massen stattfinden.

Konstantinopel. Die Aufmerksamkeit wird wieder einmal nach Konstantinopel hingelenkt, wo wichtige Ministeränderungen vor sich gehen. Was die Ernennungen des Marineministers Saïd Pascha und des Kriegsministers Rauf Pascha für die Friedensfrage bedeuten, ist vorerst noch nicht deutlich zu erkennen, da die uns darüber vorliegenden Mittheilungen sehr widersprechend lauten. Inzwischen lief eine Depesche aus Konstantinopel vom 5. ein, worin sowohl die Einreichung der Demission des Großvezires Edhem Pascha's, als auch des türkischen Enfant terrible, Mahmud Damat Pascha, zugleich aber auch die Nichtannahme dieser Demission gemeldet wurde. Von Mahmud Damat Pascha verlautete in letzter Zeit oft, daß er einem Separatfrieden mit Rußland zuneige. Seine eventuelle Entlassung würde demnach mit dem neuesten Auftreten Englands, welches direkt gegen einen solchen Separatfrieden gerichtet ist, in Verbindung gesetzt werden dürfen. Disraeli macht offenbar neue Anstrengungen, um die Stellung Englands in Konstantinopel zu befestigen und seine Interessen mit denen der Pforte eng zu knüpfen. Auf der anderen Seite erheben sich der Pforte immer neue Schwierigkeiten in dem Verhalten der ottomanischen Kammern. Neigt auch die Mehrzahl der Deputirten dem Frieden zu, so erheben sich doch so drohende Stimmen der Unzufriedenheit über die innere und militärische Verwaltung, sowie über die Kriegführung, daß man einem großen vielleicht verheerenden Sturm gegen die jetzigen Machthaber am goldnen Horn entgegensehen darf. Wenn der „Times" unter dem 6. d. aus Stambul gemeldet wird, daß die Letzteren entschlossen seien, ihre Politik ganz durch diejenige Englands bestimmen zu lassen und zugleich eine geradezu staunenerregende Nachgiebigkeit derselben gegenüber den eventuellen russischen Friedensbedingungen signalisirt wird, so dürfte man nicht fehl gehen, diese Haltung in dem fast hoffnungslosen Suchen nach einem Halt inmitten all' dieser chaotischen Verwirrung begründet zu finden. Wenn die Depesche des englischen Blattes als bereits im Geiste der türkischen Staatsmänner zugestandene Friedensbedingungen die Abtretung von Batum, die freie Schifffahrt durch die Dardanellen, die Durchführung der Konferenzbeschlüsse in Bezug auf die slavischen Provinzen, die Unabhängigkeit Serbiens und Rumäniens, eine Grenzberichtigung für Montenegro aufzählt, so läßt sich — vorausgesetzt, daß dies nicht blos der fromme Wunsch eines Korrespondenten, sondern Thatsache ist — nur die schnelle und radikale Sinnesänderung im Serail bewundern. Es läßt sich hoffen, daß, hat man einmal erst soweit mit dem Schicksal abgeschlossen, auch im ferneren Verlaufe der Ereignisse und Verhandlungen den weitergehenden Forderungen Rußlands kein allzu großer Widerstand entgegengesetzt werden dürfte.

Amerika.

Ein Symptom der Zeit, das sehr beachtenswerth erscheint, jedenfalls aber nicht mit einer Phrase abgefertigt werden kann, ist das fortwährende Anwachsen der Stimmen, die sich für Wiedereinführung der Prügelstrafe, namentlich in Amerika, aussprechen. Die Grand-Jury in St. Louis empfiehlt in ihrem neuesten Berichte die Einführung der Prügelstrafe, und zwar folgendermaßen: „Es kann nicht bezweifelt werden, daß eine große Zahl von Personen sich immer und immer wieder kleine Vergehen zu Schulden kommen läßt, um in unsern Strafanstalten vorläufig versorgt zu werden. Den Steuerzahlern werden dadurch große Lasten aufgebürdet, und wir sind der Ansicht, daß die Einführung der Prügelstrafe in unserm Staate für Vergehen dieser Art sehr vortheilhaft sein und unsere Stadt durch dieselbe von dieser Klasse von Personen befreit werden würde." Dazu bemerkt die demokratische „California Staatszeitung": „Der Vorschlag würde uns ganz vortrefflich gefallen, wenn er nicht zu allgemein gehalten wäre. Irgend einen armen Teufel, der sich ein geringfügiges Vergehen hat zu Schulden kommen lassen, aus Sparsamkeitsrücksichten zu prügeln, statt ihn einzustecken, wie es diese Großgeschworenen wollen, würde eine, in unserm humanen Zeitalter unentschuldbare Rohheit sein. Dagegen giebt es Fälle, wo 25 aus dem FF. sich als ein wahrer Segen erweisen würden. Dahin gehört vor Allem die Saufsucht und das so schrecklich häufig vorkommende Mißhandeln der Ehefrauen." Das demokratische Blatt findet keinen Grund, warum sich die Prügelstrafe weniger gut mit freiheitlichen Staatseinrichtungen vertragen sollte, als das Zuchthaus, die Zwangsarbeit 2c.

Der Abgeordnete Richter in Breslau.

Wie bereits in unserem Leitartikel berichtet wird, hat der Abg. Eugen Richter in seiner im Wahlverein der Fortschrittspartei zu Breslau gehaltenen Rede sich auch des Längeren über die Barziner Konferenz verbreitet. Er führte aus, daß die nationalliberalen Führer für ihr Verhalten in Varzin Anerkennung verdienen, denn er faßt das negative Resultat der Konferenz dahin auf, daß dieselben vom Fürsten Bismarck nicht genügende Konzessionen und Bürgschaften zur Wahrung derjenigen Interessen zu erhalten vermochten, welche den Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei gemeinsam seien, also beispielsweise für eine positive Förderung der Verwaltungsreform in liberalem Sinne, gegen schutzzöllnerische Handelspolitik 2c. — Dann wandte sich der Redner speziell zu einer Besprechung der Stellung des Fürsten Bismarck. Er glaubt, daß die nationalliberale Partei einig mit der Fortschrittspartei keinen Angriff der Reaktion zu fürchen habe, wenn diese Einigung so basirt sei, daß sie selbst Stich hält vor der Drohung einer Parlamentsauflösung oder mit dem Rücktritt Bismarcks vom Amt. Richter trat, ohne die Verdienste des Reichskanzlers zu unterschätzen, sehr entschieden der Ansicht entgegen, daß es ein nationales Unglück sei, wenn Bismarck vom Amte scheide. Er sagte nach der „Bresl. Ztg.", welche über die Vereinsitznng den ausführlichsten Bericht bringt, Folgendes:

M. H., Ich bin der Letzte, der die große Bedeutung Bismarcks und sein Verbleiben im Amte für das Verhältniß zum Auslande, zu der europäischen Konstellation unterschätzt, aber zu sagen: „Das ist ein nationales Unglück, wenn der Mann aus dem Amte scheidet", m. H., das heißt doch, den Werth dessen, was er geschaffen hat, zu unterschätzen. Die deutsche Einheit, die ihm gelungen ist, herzustellen, ist doch etwas Naturwüchsiges, was in dem Zuge der Nation lag. Nachdem sie erreicht, in sich begründet ist und feststeht, hängt sie nicht ab von dem, der sie begründet hat, es heißt dieses Werk herabsetzen, wenn man es als gefährdet hinstellt, wenn eine Person nicht mehr an der Spitze der Geschäfte steht. Ich habe die feste Ueberzeugung: Deutschland wird weiter kommen, auch wenn die Zügel etwas anders geordnet werden. Und m. H., wenn es auch schwache Gemüther giebt, die in der That glauben, daß in dem Momente, wo Bismarck die Geschäfte verläßt, — ihm ist ja, wie jedem Menschlichen ein Ziel gesetzt, — das dann ein nationales Unglück eintreten, m. H., ich glaube, daß gerade für solche Leute es zweckmäßig wäre, wenn die Probe schon bei seinen Lebzeiten gemacht wird, anstatt zu anderen Zeiten, wo man gezwungen ist, auf die Konsequenzen einzugehen.

Nun, m. H., das ist unzweifelhaft, es hat für Deutschland, für die ganze europäische Konstellation seine große Bedeutung, wenn Fürst Bismarck so lange wie er kann im Amte bleibt. Der Werth ist so groß, daß man unter Umständen sich auch dazu entschließen kann, um seines Verbleibens willen gewisse Forderungen, die nun Frage der Zeit sind und die sich nach einer Reihe von Jahren doch erfüllen müssen, bis zu einem gewissen Masse zurückzustellen. M. H., wir können aber niemals der Person die Sache opfern in dem, was zur Entwickelung Deutschlands auch wirklich nothwendig ist; wir können niemals unser sachliches Programm der Person wegen opfern. Wir haben als Fortschrittspartei stets nach dem Progamm von 1873 als eine Partei unabhängiger Männer alle Vorlagen sachlich behandelt. Wir haben Bismarcks wirthschaftliche Politik in den letzten Jahren so unterstützt, als wenn wir eine konservative Partei wären. Aber er kann von uns nicht verlangen, wenn er sich selbst verändert, daß wir, um ihn im Amte zu erhalten, heut eine entgegengesetzte Politik treiben. Wir opfern unser Programm nicht einer Person; wir haben dasselbe nicht zum Fraktionsinteresse, nicht um des Parteihaders willen zu machen, sondern, weil wir überzeugt sind, daß in ihm das steht, was zur Entwickelung des deutschen Volkes in der nächsten Zeit gerade nothwendig ist. Und wenn das in unserem Programm steht, dann handeln wir im Interesse der Entwickelung Deutschlands, wenn wir uns abwehrend verhalten gegen Pläne, welche demselben widerstreben, dann ist es nicht Plänkelei, nicht Nergelei, sondern die Erfüllung der Aufgabe, um welcher willen unsere Wähler uns in den Reichstag geschickt haben.

M. H., Fürst Bismarck ist zuletzt der Mann, welcher verlangt, daß die Sache seiner Person geopfert werde. Wenn man dies will, wenn man in dem Augenblicke, wo er sagt: „Wenn mein Programm nicht durchgeführt wird, dann gehe ich ab", dann soll man auch den Muth haben mit dem Vorschlage hervorzutreten, so lange Bismarck am Ruder bleibt, den Reichstag überhaupt abzuschaffen. Dann schaffe man doch lieber die Diktatur und überlasse dem Manne allein die Verantwortung, aber nicht der Vertretung des Volkes, wenn diese ihm gegenüber ihre Ansicht zur Geltung bringen soll.

Wir müssen darauf halten, daß gerade die deutsche Volksvertretung ihren selbstständigen Charakter, ihr Ansehen nicht verliere, auch im Interesse der deutschen Einheit selbst. Deutschland hat keine angestammte Dynastie und die Volksvertretung ist in Deutschland mehr als anderswo ein einigendes Band, das seine Kraft bewahren muß zu einer Zeit, wo die partikularistischen Elemente sich kräftiger zeigen. Wenn wir das Gegentheil thun, dann arbeiten wir allen jenen pessimistischen Elementen in die Hände, die auf ganz andern Grundlagen Staat und Gesellschaft aufbauen wollen.

Ich sage also: Fürst Bismarck ist selbst der Letzte, der verlangt, daß seiner Person sachliche Programme geopfert werden. Das ist eben das Große des Mannes, daß er, wo die Nothwendigkeit an ihn herantritt, sich auch unterzuordnen weiß. Freilich eine so große, charaktervolle, mächtige Persönlichkeit verlangt auch Männer sich gegenüber, die mit einer gewissen Zähigkeit gegenüber das festhalten, wozu sie sich verpflichtet glauben. Sieht er sich solchen Männern gegenüber, so versteht er auch nachzugeben und der Konflikt, der am nächsten liegt, gegenüber der Schwäche, wird am ehesten beseitigt. Vor zwei Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, wir waren mit den Nationalliberalen einig, er erkannte dies und sofort ließ er nach der ersten Rede Lasker's die ganze Strafgesetznovelle fallen. Ebenso hat er bei der ersten Beratbung der Steuerreform dieser Einigkeit gegenüber sofort seine Pläne fallen gelassen.

M. H.! Sollte es anders kommen, sollte wider Erwarten eine Fortsetzung der Verhandlungen stattfinden, die zu einem andern Ergebniß führt, dann werden wir das sehr bedauern, wenn wir den Kampf für die Erhaltung unseres Programms allein führen müssen, einen Kampf, in welchem wir glaubten, andere Bundesgenossen immer zur Seite zu haben. Wir werden uns diesem Kampfe aber nicht entziehen können und wir müssen dann allerdings erwarten, daß je geringer wir an Zahl im Reichstage sind, wir um so mehr Unterstützung in weiteren Volkskreisen finden.

M. H.! Ich habe Ihnen meine persönliche Auffassung entwickelt, aber ich glaube im Wesentlichen im Einklange mit meiner Partei gesprochen zu haben.

M. H. Die Fortschrittspartei ist eine einheitliche Partei und ich sage Ihnen, sie ist, nachdem einmal einige Mitglieder, die innerlich schon längst nicht mehr zu uns gehörten, uns verlassen haben, niemals einiger und geschlossener gewesen, als in diesem Augenblicke. Es ist nicht wahr, es giebt keine besondere berliner Fortschrittspartei, so wenig, wie es eine breslauer Fortschrittspartei giebt. Es giebt nur eine einzige deutsche Fortschrittspartei. Und wenn man von einer besonderen breslauer Fortschrittspartei sprechen wollte, welches Zeugniß stellte man da den Breslauern selbst aus, die zu wiederholten Malen Berliner wählten, weil sie überzeugt waren, daß diese sich in Uebereinstimmung mit ihren breslauer Wählern befänden. Das allerdings, m. H, müssen wir erwarten, daß die in sich einige parlamentarische Partei auch von der einigen Partei im Lande unterstützt wird. Diese Unterstützung zu sichern, zu finden, das ist der Zweck unseres Gedankenaustausches. Man hat mit Unrecht gesagt, die Beziehungen der Abgeordneten mit dem Lande müssen lebendiger werden Wir haben vielleicht die lebendige Fühlung mit den weiteren Volkskreisen zu viel außer Acht gelassen, wir müssen mehr Fühlung zu gewinnen suchen mit unseren Wählern, als bisher, denn was wir vor Allem wünschen müssen, daß wir von unserer Partei im Lande mehr unterstützt werden, als dies bisher der Fall war!

M. H. Ich fasse die Aufgabe des Wahlvereins, und auch der Ihrigen, dahin auf, daß er nicht blos dahin geht, Wahlen zu Stande zu bringen, sondern, daß er auch die Aufgabe hat, die Thätigkeit der parlamentarischen Partei zu stützen, zu kräftigen, auch in der Zwischenzeit, daß er auch die Aufgabe hat, die parlamentarische Partei in ihrer Wirksamkeit während der Session zu unterstützen, daß er das Verständniß für die Aufgabe der Session in weitere Kreise trage und daß er mit öffentlichen Kundgebungen für Das eintritt, was wir in den parlamentarischen Versammlungen verfolgen, damit wir die Bedeutung und das Ansehen in Deutschland erringen, welches uns gebührt. M. H. Der Wahlverein in Breslau hat sich das Programm gestellt, durch eine Reihe von Vorträgen im Laufe des Winters in lebendige Beziehungen mit den Abgeordneten zu treten M. H. Meine Kollegen und ich, wir hoffen, daß nun auch hier in Breslau, wie auch in der Provinz eine regere Thätigkeit sich entfalten, ein lebendigeres politisches Leben sich zeigen wird. Und wenn ich durch meinen heutigen Vortrag für meinen bescheidenen Theil dazu beigetragen habe, diesen lebendigen Zusammenhang zwischen Abgeordneten und Wählern zu fördern, so bin ich Ihnen sehr dankbar für die Gelegenheit, die Sie mir dazu geboten haben.

Wie der Redner bereits während seines Vortrages vielfach von den lebhaftesten Beifallsbezeugungen unterbrochen worden war, so folgte auch dem Schlusse seiner zweistündigen Rede rauschender, lang anhaltender Beifall. Des Weiteren berichtet die „Bresl Ztg.":

Nachdem der Beifallssturm sich gelegt, erbat sich Dr. Stein das Wort zu einer kurzen persönlichen Bemerkung. Er überlasse, bemerkte derselbe, dem Herrn Vorredner selbst die Erwägung, ob es geeignet gewesen sei, in seinem heutigen Vortrage einen Zeitungsartikel zum Gegenstande der allerheftigsten Angriffe zu machen. Den angegriffenen Artikel habe er selbst (der Redner) geschrieben und er halte denselben auch noch in diesem Augenblicke von Anfang bis zum Ende aufrecht. Redner erklärt, er stehe noch jetzt auf dem Standpunkte, auf welchem 1866 ganz Breslau und ganz Schlesien stand und er halte es noch jetzt für ein nationales Unglück, wenn durch ungerechte Angriffe, wie sie zuweilen im Abgeordnetenhause und im Reichstage, insbesondere aber in Zeitungen oder in Schriften erfolgen, Fürst Bismarck sich zum Rücktritt bewogen fühlen sollte. Der Vorsitzende glaubt im Sinne der ganzen Versammlung zu handeln, wenn er dem verehrten Abgeordneten den Dank der Versammlung hiermit ausspreche. Die Versammlung tritt dem durch Erheben von den Plätzen bei. Herr E. Richter will sich auf eine kurze persönliche Erwiderung der Ausführungen des Herrn Dr. Stein beschränken. Er glaubt es der ruhigen Erwägung der Versammlung und der öffentlichen Meinung überlassen zu können, zu beurtheilen, von welcher Seite der Angriff erfolgt sei. Er habe sich für verpflichtet gehalten, Denjenigen auch hier Ausdruck zu geben, dem andere Mitglieder der Partei in der Delegirten-Konferenz einen viel schärferen Ausdruck gegeben. Er glaube dabei sich in den Formen gehalten zu haben, die er dem hochverdienten und von ihm in vieler Beziehung hochverehrten Manne schuldig sei. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Abg. E. Richter, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß der Vorsitzende gegen ½11 Uhr die Versammlung.

Dem Bericht der „Bresl. Ztg." ist dann noch folgende persönliche Note ihres Chefredakteurs Dr. Stein beigegeben:

Die Versammlung dauerte bis gegen 11 Uhr. Zu einer ausführlichen Widerlegung der vom Herrn Abg. Eug. Richter gegen den Unterzeichneten, als den Verfasser des Leitarkikels in Nr. 7 der „Bresl. Z." über „Die Fortschrittspartei und das Ministerium Bis-

---

Badewitz, welche die beschränkte spanische Marquise darstellte, und Herr Fischer (Baron Kraff) sind dem Publikum alte und längst bewährte Bekannte.

Für Mittwoch ist die Aufführung von „Romeo und Julia" in Aussicht genommen. Die Direktion beabsichtigt, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt sein mag, derartige „klassische Vorstellungen" an einem bestimmten Tage jeder Woche zu ermäßigten Preisen zu veranstalten. Wir werden ja bald sehen, ob die vorhandenen Kräfte auch für Dramen dieses Stils ausreichen. E.

Konzert.

Der Verein junger Kaufleute, der bekanntermaßen seine anregende Wirksamkeit, den Mitgliedern geistige und ästhetische Nahrung zuzuführen auch auf die ausübende Tonkunst ausdehnt, hat am Montag im Lambert'schen Saale, ein reichliches Programm aufstellen und durchführen lassen. Die Damen Grossi und Herrmann hatten sich mit dem aus dem berliner Streichquartett bekannten Konzertmeister Wilhelm Müller zum gemeinsamen künstlerischen Wirken vereinigt. Herr Wilhelm Müller ist aus früheren Konzerten 2c. als ein berufener und kunsttüchtiger Lenker seines Instruments, des Cello, bekannt. Beethovens Sonate in G-moll für Piano und Violoncell arrangirt, gab dem Instrumente, dessen Tongebiet ein etwas beschränktes und dessen Literatur nicht zu den reichsten zählt, Gelegenheit, seinen vollen gewichtigen Ton in den dominirrenden Klavierport einzuflechten. Später folgten „Adagio" von Schubert, „Schlummerlied" von Ries, ein feinfühliges Charakterstück, und schließlich „Reisebilder" von Friedrich Kiel für Violoncello und Piano. Letzteres Stück, ein vieldeutiges, wechselvolles Tongebilde, originell und geistreich an den Geländen der Kunst sanft dahin führend, wurde von beiden Vertretern ganz vorzüglich wiedergegeben. Die Pianistin Fräul. Herrmann aus Berlin, die den ganzen Abend über theils als Begleiterin, theils als Solistin thätig war, bot Gaben verschiedenen Werthes. Wenn sie namentlich in Scarlattis Pastorale und Cappriccio den Trumpf ausspielte, in Beethovens Sonate und Kiels Reisebildern Tüchtiges leistete, mit Schumann und Chopin aber weniger reussirte, so mag der Grund dieser Effekt-Skala in der Steigerung der technischen Schwierigkeiten liegen. Es fehlt noch die über das Technische hinausgehende souveräne Kraft, die Finger sind noch nicht der gleichsam instinktartige Spiegel der inneren Auffassung.

Die meiste Aufmerksamkeit nahm Frl. Grossi aus Wien für sich in Anspruch, eine brunette, grazieuse Erscheinung mit dem angeborenen Reiz des Interesses — eine Schwester der bekannten Divan der berliner Hofoper. Sie hat von der Natur eine Stimme voll bestrickenden Reizes erhalten, diese ist ihr angeborenes Familienerbtheil. Aber diese Stimme hat noch nicht ihre volle Fassung und ihren vollen Schliff erhalten. Man möchte ihr zurufen wie der Schmied in Ruhla den Landgrafen „Stimme werde hart!" Das Zittern und Vibriren verkümmert dem Genuß die behagliche Ruhe. Alle schönen Keime lassen sich der Stimme nachspüren und nachhören, aber die volle Frucht wartet noch ihrer Reife. In der Arie aus Verdi's „Traviata" und in Donizetti's „Oh vieni al mare!" war die Koloratur theilweise geradezu perlend, aber zu schüchtern, zu instrumental. Schumann's Lieder: „Ich kann's nicht fassen" und „Seit ich ihn gesehen" litten wohl am meisten unter der Manier des Singens.

Das Konzert war äußerst zahlreich besucht und erfreuten sich namentlich die Leistungen von Frl. Grossi großer Theilnahme, die sich schließlich zu einem da capo steigerte. —th.

* **Deutschlands literarische Produktion 1877.** Nach den amtlichen Listen der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung zu Leipzig, die vom Börsenverein der deutschen Buchhändler seit Jahrzehnten beauftragt ist, die erschienenen in Leipzig eingelieferten Neuigkeiten des gesammten deutschen und mit Deutschland direkt verkehrenden außerdeutschen Buchhandels in Oesterreich, der Schweiz, England und Frankreich zu katalogisiren und die Listen im „Börsenblatt des deutschen Buchhandels" Tag für Tag zu veröffentlichen, betrug die Summe aller im Laufe des eben abgelaufenen Jahres erschienenen Neuigkeiten und Fortsetzungen auf dem Felde der Literatur 16,437. In dem Zeitraume von 1870 bis 1877 hatte die Registrande um 3697 Nummern zugenommen, d. h. um 29 pCt. In den ersten vier Jahren betrug die Steigerung 9,6 pCt., in den letzten vier Jahren 19,4 pCt. Im Kriegsjahr 1871 ging die Ziffer um 1131 Nummern in die Höhe, im Jahre 1873 abermals um 1053, 1875 um 743, letztes Jahr (1877) um 580, 1876 um 98, 1872 um 54, 1873 um 38 Nummern. Der achtjährige Durchschnitt berechnet sich auf gerade 14,696 Nummern. Ueber diesen Durchschnitt gehen alle vier Jahre von 1874 bis heuer hinaus, die anderen vier Jahre bleiben sämmtlich hinter ihnen zurück. Selbstverständlich sind obige Zahlen wegen der vielen darin inbegriffenen Lieferungswerke, die mehrmals gezählt werden, nur annähernde Werke, geben aber von der wachsenden Bedeutung der Verlagsthätigkeit immerhin eine ziemlich sichere Vorstellung.

* **Berliner Blätter** meldeten neulich, daß die bekannten Schriftsteller E. Dohm und F. Spielhagen die Verlobung ihrer Töchter angezeigt hätten. Diese Notiz ist, wie uns aus Berlin geschrieben wird, so weit sie sich auf letzteren bezieht, irrthümlich. Herr F. Spielhagen, der die Verlobung seiner Tochter angezeigt, ist ein Bruder des Direktors der preuß. Hypotheken-Aktienbank, dessen Sohn die junge Dame heirathet und nicht der bekannte Schriftsteller. Dieser hat nur Töchter, die noch nicht erwachsen sind.

marck", gerichteten maßlosen Angriffe war die Zeit nicht mehr zureichend; ich begnügte mich daher, wie oben angegeben, mit der einfachen Erklärung, daß ich der Verfasser des Artikels sei, um die Versammelten nicht im Ungewissen zu lassen, gegen wen die Angriffe gerichtet seien. Herr Eug. Richter ist seit mehreren Jahren Mitarbeiter der „Breslauer Zeitung" und Verfasser einer Reihe von Leitartikeln über Budget-, Steuer- und andere materielle Fragen in derselben; er mußte also mit der Tendenz der „Breslauer Zeitung" ziemlich einverstanden sein, und wenn er von dem einen oder anderen Artikel differirte und eine Widerlegung für nothwendig hielt, so wußte er, daß ihm die Spalten der „Breslauer Zeitung" offen standen, wie das auch thatsächlich einige Male geschehen ist. Der Angriff und die Widerlegung erfolgte also auf demselben Kampffelde. Von diesem Standpunkte halte ich es für einen Mißbrauch, daß er seine Stellung in der Versammlung zu einem Angriffe benutzte, den in dieser alles Maß übersteigenden Heftigkeit der Artikel weder hervorgerufen hat, noch hervorrufen konnte. Unmittelbar nach der anerkennungswerthen Objektivität, mit welcher er die Stellung der nationalliberalen Partei schilderte, und nach der großen Sorgfalt, die er für den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck aussprach, war der Angriff gegen einen Mann der eigenen Partei, der allerdings zuweilen, wie z. B. im Jahre 1866, einer anderen Auffassung, als der gerade gang und gäbe gewordenen der Fortschrittspartei huldigte, um so unvermutheter und um so weniger gerechtfertigt. Ich lasse mich gern dahin belehren, daß es nur Eine, nämlich die deutsche Fortschrittspartei, giebt; dieser Ansicht sind auch meine Gesinnungsgenossen in Breslau, nur wünsche ich, daß diese deutsche Fortschritspartei in Breslau nicht von Berlin aus, wozu man dort mitunter geneigt zu sein scheint, terrorisirt werde. Dann wird sie auch die von Herrn Richter selbst als nothwendig erkannte Fühlung mit dem Volke wieder gewinnen. Nicht gewinnen wird sie dieselbe — das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung — durch die fortgesetzten Plänkeleien, ich behalte diesen Ausdruck bei, gegen den Fürst Bismarck. Will man eine Aenderung in der Stellung des Reichskanzlers, so überzeuge man sich von seinen verderblichen Plänen, stelle im Abgeordneterhause oder Reichstage einen großen Antrag gegen denselben und wende auf Durchsetzung desselben alle Kräfte an. Die kleinen Angriffe sind nach meiner Ansicht — sie ist ja rein subjektiv — weder der deutschen Fortschrittspartei, noch der Person des Reichskanzlers würdig. Im Uebrigen wird man es mir nicht verdenken, wenn ich auf die weiteren Versuche des Herrn Richter, die Fortschrittspartei in Schlesien neu zu beleben und zu reorganisiren, nicht gerade sehr begierig bin. Selbstverständlich ist die „Breslauer Zeitung" so loyal, auch nach diesem Zwischenfalle dem Herrn Abgeordneten Richter, wenn er sich noch weiter erklären will, vollen Raum zu gewähren.

Dr. Stein.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8 Januar.

— Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Inowrazlaw-Mogilno, Rittergutsbesitzer von Kozłowski auf Jaronty, hat, wie der „Kuryer Poznański" meldet, sein Mandat niedergelegt.

r. **Der Gymnasiallehrer Zerbst** am hiesigen katholischen Mariengymnasium ist zum 1. April d. J. an das evangelische Gymnasium zu Schneidemühl versetzt worden. Herr Zerbst, welcher evangelischer Konfession ist, wurde zum 1. Oktober 1876 von der Realschule zu Rawitsch an das Mariengymnasium versetzt und zum 1. April 1877 an demselben definitiv angestellt. Dies gab bekanntlich dem Abgeordneten Kantak vor einiger Zeit Veranlassung zu einer Beschwerde im Abgeordnetenhause, da bisher noch kein evangelischer Lehrer an dem katholischen Mariengymnasium definitiv angestellt worden sei; Ministerialrath Dr. Stauder wies damals darauf hin, daß Herr Zerbst nur in Mathematik und Naturgeschichte unterrichte, d. h also in Unterrichtsfächern, bei denen es auf die Konfession nicht ankomme. Zu bemerken ist, daß als Hilfslehrer am katholischen Mariengymnasium zwei Evangelische, ebenso wie am evangelischen Friedrich Wilhelmsgymnasium als Hilfslehrer, resp. Probekandidaten zwei Katholiken beschäftigt sind; außerdem ist an der Vorschule des Friedrich-Wilhelmsgymnasiums ein katholischer Lehrer definitiv angestellt.

r. **Ein zahlreiches Leichengefolge** bewegte sich Montag Nachmittag von der Ziegenstraße nach dem katholischen Maria-Magdalenen-Kirchhofe, indem die vor einigen Tagen im Alter von 76 Jahren gestorbene Frau Professor Motty, Wittwe des vor etwa 14 Jahren verstorbenen Professors Motty am hiesigen Marien-Gymnasium, Mutter des Professors Motty an der hiesigen Realschule, des Kreisgerichtsraths Motty beim hiesigen Kreisgericht und der verstorbenen Frau Fabrikbesitzer Cegielska, zur letzten Ruhe bestattet wurde. Die Verstorbene hatte sich in allen Kreisen unserer Stadt einer hohen Achtung erfreut.

— **Die Ministerial-Verfügung**, welche, wie bereits erwähnt, in Sachen der Jesuskapelle in Kosten dem Kirchenvorstand auf die Beschwerde wegen Vorenthaltung der Schlüssel zugestellt worden ist, führt nach dem „Kuryer Poznański" aus, daß die Schlüssel unzweifelhaft einen Theil des Kirchenvermögens bilden, daß jedoch der Minister nicht befugt sei, Propst Brenk zur Herausgabe der Schlüssel zu bewegen, daß es aber dem Kirchenvorstande freistehe, selbständig vorzugehen, beziehungsweise Propst Brenk zu verklagen, und das Gericht unzweifelhaft zu Gunsten des Kirchenvorstandes entscheiden werde.

— **Die Kirchhofsfrage** in Kosten ist, wie der „Kuryer Poznański" wissen will, in ein neues Stadium getreten, da bereits zwei Begräbnisse ohne Einschreiten der Beamten in feierlicher Weise vollzogen worden sind. Der Vermögensverwalter der Pfarrkirche soll sogar ohne den Beerdigungsschein des Propstes Brenk die Grabgelder in Empfang nehmen.

r. **Die Petition um Erweiterung des Haftpflichtgesetzes**, deren Wortlaut wir mitgetheilt haben, liegt bei den Vorstandsmitgliedern des Ortsvereins der Maurer und Steinhauer (nicht: in einigen öffentlichen Lokalen, wie neulich angegeben) zur Unterzeichnung aus.

r. **Im Architekten- und Ingenieurverein** hielt gestern Eisenbahn Maschinenmeister Eichholz einen durch Zeichnungen und Modelle erläuterten Vortrag über die Luftbremse, mittels welcher bei der größten Fahrgeschwindigkeit die Eisenbahnzüge binnen 10—12 Sekunden zum Stehen gebracht werden können und deren allgemeiner Einführung wohl nur der Umstand entgegensteht, daß sie zu kostspielig ist. An den interessanten und anregenden Vortrag schloß sich die Beantwortung mehrerer Fragen, von denen die eine die neue eiserne Wallischeibrücke, die andere die Kanalisation betraf. — Dem Vereine sind neuerdings wieder mehrere Mitglieder, auch von außerhalb, beigetreten, so daß die Gesammtzahl derselben gegenwärtig 25 beträgt.

r. **In der polytechnischen Gesellschaft** wurde am 5. d. M. zur Geschichte des Telephons folgende Mittheilung gemacht: Dr. Clemens in Frankfurt am M. hat eine Erklärung veröffentlicht, nach welcher er bereits i J 1863 sein damals vor zehn Jahren also schon i. J. 1853 ausgeführtes erstes Telephon-Experiment, sowie seine Wahrnehmungen und Beobachtungen über die Schall-Fortleitung im elektrisch erregten Draht mittelst starker elektro magnetischer Spiralen in der Zeitschrift „Deutsche Klinik" Nr. 48, S. 468 veröffentlicht habe. Ganz dasselbe Telephon-Experiment des Jahres 1853 sei zu lesen in dem Werke „Ueber die Heilwirkungen der Elektrizität und deren erfolgreiche methodische Anwendung in verschiedenen Krankheiten" von Dr. Th. Clemens. Diese 1853 ausgeführten Experimente über Schallfortleitung im elektrisch erregten Drahte mittelst elektro-magnetischer Ströme seien wohl die ersten wissenschaftlich veröffentlichten hierher gehörigen Telephon-Erfindungen, und unterscheiden sich insofern sehr wesentlich von den Reis'schen Telephonversuchen, als Dr. Clemens schon damals an jeder Station eine Magnetspirale aufstellte, und ebenso, wie heute Professor Bell, die Magnet-Induktion zum Vermitteln des Schalls gebrauchte. Bei den zwischen Posen und Glogau vor Kurzem angestellten Telephon-Versuchen war Glogau auch mit Grünberg telephonlich verbunden worden. Wunderbarer Weise wurden dadurch die in Posen erzeugten Töne ꝛc. in Folge von Induktion auch in Grünberg hörbar. — Die Feilen werden aus Stahl, und zwar die besten aus Gußstahl angefertigt; doch kommen auch schlechte Feilen aus Eisen in den Handel. Das Schmieden der Feilen geschieht auf dem Amboß, und zwar bei den flachen, vierkantigen und runden aus freier Hand, während zu den halbrunden, dreieckigen und runden Feilen Gesenke angewendet werden; zum Schmieden der runden Feilen benutzt man außerdem einen Gesenk-Obertheil. Nach dem Schmieden werden die Feilen in besonderen Glühöfen (am besten mit Holzkohle, da bei Anwendung von Steinkohle leicht beim späteren Härten Brüche in den Feilen entstehen) allmälig erhitzt und allmälig wieder erkaltet. Bevor sie jedoch ganz erkaltet sind, werden sie, da sie sich im Ofen meistens etwas geworfen haben, auf dem Ambos gerade gerichtet. Sie werden alsdann auf im Wasser laufenden Schleifsteinen zuerst der Quere, zuletzt der Länge nach geschliffen, wobei sie der Schleifer mittels einer geeigneten Vorrichtung durch sein eigenes Körpergewicht an den Stein drückt. Es erfolgt nun das Hauen der Feilen, wobei ein kurzer Meißel, Hammer und Ambos benutzt werden, und die Feile mittels eines Riemens mit dem Fuße festgehalten wird. Der Meißel ist nach einer Seite schräge gerichtet, da der Feilenzahn nach einer Seite geneigt stehen soll. Das Hauen geht sehr rasch vor sich, indem die Feilenhauer darin eine sehr große Uebung erlangen, so daß die Hiebe gleich weit von einander entfernt sitzen. Ist der Grund- oder Unterhieb fertig, so wird der Kreuz oder Oberhieb gehauen, welcher den Unterhieb durchkreuzt. Es erfolgt nun das Hauen der Feile auf der entgegengesetzten Seite, wobei die Feile, um durch das direkte Auflegen auf den Ambos an der bereits gehauenen Seite nicht stumpf zu werden, auf ein Stück Zink oder Blei gelegt wird. Zum Hauen der Raspeln wendet man eine besondere Art von Meißeln an. Die letzte Operation ist das Härten der Feilen, welches in einem besonderen Ofen erfolgt. Man wendet dabei verschiedene Härtemittel an, von denen das gewöhnlichste eine Mischung von Kochsalz mit Horn (von Rinder Klauen und Hörnern) ist; als Bindemittel wird derselben außerdem Mehl zugesetzt. Nachdem die Feilen mit dieser Mischung überstrichen sind und dieser Anstrich getrocknet ist, wird die Feile im Ofen zur Rothgluth gebracht und alsdann noch ein- oder mehrmals mit der Härtemischung bestreut, nach jedesmaligem Bestreuen wieder in den Ofen gebracht und schließlich in ein Faß getaucht, in welchem sich Wasser mit Zusatz von Kochsalz und Salzsäure befindet, wodurch der sogenannte Zunder, der sich beim Glühen gebildet hat, abspringt. Oft werden auch die Feilen, um ihnen eine weiße Farbe zu geben, mit Kalkmilch abgebürstet. Wenn man alte abgenutzte Feilen wieder aufhauen will, so müssen mit ihnen dieselben Operationen, wie mit neuen Feilen vorgenommen werden, sie müssen geglüht werden, um sie wieder weich zu machen, und alsdann geschliffen, gehauen und gehärtet werden. Die in Verschlag gebrachten chemischen Mittel zum Schärfen alter Feilen haben sich nicht bewährt; es wird durch Säuren zwar das Eisen oder andere Metall, welches sich in die Vertiefungen der Feile versetzt hat, aufgelöst, aber neue scharfe Zähne erhält die Feile durch Behandlung mit Säure nicht. — Statt des gewöhnlichen Steinpflasters ist schon mehrfach eisernes Straßenpflaster in Anwendung gekommen und es wird gegenwärtig auch in Berlin versuchsweise eine kurze Strecke in dieser Weise gepflastert. In Warschau soll sich derartiges Pflaster recht gut bewährt haben. Auf einer Länge von zwei Kilometern ist dort seit neun Jahren fast keine einzige Reparatur nothwendig geworden, obgleich sich dieses Pflaster auf der belebtesten Straße der Stadt befindet; dasselbe hat sich noch gar nicht gesenkt, zeigt keine sichtbare Abnutzung und kann dem Anscheine nach noch 15 Jahre liegen; Pferde sollen weder bei Schnee noch bei Glatteis auf diesem Pflaster stürzen; auch geht die Reinigung desselben leicht vor sich; das Geräusch, welches Fuhrwerke auf demselben verursachen, soll unbedeutend sein, und die Erschütterung der Fuhrwerke kaum stärker als bei Asphalt sein

r. **Auf der Schrodka**, welche ebenso, wie ein Theil der Wallischei, zu dem sogenannten „Zwischenrayon' gehört, durfte bisher gemäß den strengen Festungsrayon-Bestimmungen kein Massivbau aufgeführt werden, und harte Strafen zog sich derjenige zu, der eine Fundamentmauer höher als bis 30 Zentimeter über den Erdboden aufmauerte. Daß dadurch die Grundstücke auf der Schrodka und einem Theile der Wallischei sehr entwerthet worden sind, ist selbstverständlich. Es wird nun von den dortigen Hausbesitzern mit Freuden begrüßt, daß einem derselben, allerdings nur „ausnahmsweise" neuerdings gestattet worden ist, ein Stallgebäude, zu dessen Aufführung in Fachwerk er schon vor zwei Jahren den Baukonsens erhalten hatte, massiv aufzuführen, da eine derartige Ausnahme, so lange die Festungsrayon-Bestimmungen existiren, nie vorgekommen ist. Die dortigen Haus-Besitzer schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß, sobald erst die detachirten Forts um die Festung Posen vollendet und dadurch der Schwerpunkt der Vertheidigung Posens von der Enceinte und der Dominsel ꝛc. eine halbe Meile vor die Thore unserer Stadt verlegt sein wird, alsdann auch die harten Bestimmungen über den Zwischenrayon fallen werden, so daß alsdann in jenem Stadttheile ebenso wird gebaut werden können, wie in anderen Stadttheilen.

F. **Aus dem Kreise Kröben**, 3. Januar. [Marktpreise. Jagd.] Die Marktpreise der Stadt Rawitsch stellen sich wie folgt: je 100 Kilogr Weizen 19—21 Mark, Roggen 12,50—14,50 M., Gerste 14—16 M., Hafer 13—14 M., Hirse 13 14 M., Erbsen 15-17 M, Kartoffeln 2,60—3,20 M., Stroh 600 Kilogr. 18—21 M, Heu 50 Kgr. 2,10—2,50 M., Butter ½ Kgr. 1—1,20 M., Eier das Schock 3 M., 3 Raummeter hartes Halz 25 M., weicher 21 M. — Auf dem Rittergut Dlonie wurden am 29. v. M. in sechs Feldtreiben 260 Hasen geschossen.

F. **Aus dem Kreise Kröben**, 5. Januar. [Standesamtliches.] Mit Genehmigung des Oberpäsidenten ist vom 1. Januar d J. ab das Standesamt Görchen Landbezirk mit dem Standesamt Görchen Stadtbezirk vereinigt und die Ortschaften Zołędnitza mit Plänkrug, Sackern mit Annagut, Antoniewo und Fasanerie sind vom Standesamt Sarne abgetrennt und dem Standesamte Görchen zugewiesen worden. Zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Görchen ist Bürgermeister Pallaske daselbst, zu Stellvertretern desselben Kämmerer R. Böttger und Kaufmann Stadtverordneter Otto Ast ebendaselbst, zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Gostyn, Landbezirk, ist Bürgermeister Fliegner zu Gostyn, zu Stellvertretern Kaufmann und Beigeordneter Langner und Gemeinde-Einnehmer Zachert, zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Kröben Landbezirk Bürgermeister Gröper zu Kröben, zu Stellvertretern desselben Apotheker Glatzel und Lehrer Lukowski ernannt worden.

— ph **Schmiegel**, 4. Januar. [Standesamtliches. Statistisches.] Der Standesamtsbezirk Schmiegel Land, ist seit dem 1 d. M. aufgelöst worden und mit dem Standesamtsbezirk Schmiegel, Stadt, vereinigt. Von den Funktionen der Ersteren, ist der bisherige Standesbeamte, Distrikts-Kommissar Ostrowicz und dessen Stellvertreter Distrikts-Kommissar Schauer seit diesem Tage entbunden und Bürgermeister Clemens als Standesbeamter und Kämmerer Schlafke als Stellvertreter desselben zur Ausübung der Geschäfte ernannt worden. — Nach den neuesten Zusammenstellungen sind in dem bisherigen Standesamtsbezirk Schmiegel, Stadt, 234 Geburts und 125 Sterbefälle gemeldet und 52 Heirathen geschlossen worden.

ꝺ **Kurnik**, 6. Januar. [Bürgermeisterwahl. Schule.] An Stelle des im November von hier verzogenen Bürgermeisters Weise wurde Herr Hechelski aus Posen gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt. Daher fand am Freitag den 4. d. M. eine Neuwahl statt, in welcher der hiesige Ackerbürger Hermann Beyer mit 5 gegen 3 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde, eine Stimme enthielt sich der Wahl, die drei anderen Stimmen fielen auf Bürgermeister Linke in Santomischel. — Nachdem die hiesige evangelische Lehrerstelle bereits 7 Monat vakant gewesen, ist sie nun endlich durch Lehrer Steffen besetzt worden.

—r. **Wollstein**, 7. Januar. [Verwendung des Antheils an dem Vaccinationsfonds. Statistisches.] Bei Vertheilung des Bestandes des aufgelösten Vaccinationsfonds sind dem hiesigen Kreise von der Regierung zu Posen 303 M. überwiesen und in der Kreis-Kommunalkasse vereinnahmt worden. Nun ist von einzelnen Bezirksimpfärzten darüber Klage geführt worden, daß Angehörige von zur Wiederimpfung geeigneten Impflingen die Entnahme von Impfstoff verweigert und dadurch die weitere Ausführung des öffentlichen Impfgeschäfts in hohem Grade erschwert haben. Da in Gemäßheit einer Obertribunalsentscheidung die Ausübung eines polizeilichen Zwanges hierbei nicht für zulässig erklärt worden, so wird seitens der Regierung im Einverständniß mit dem Oberpräsidenten den Kreisen die zinsbare Anlegung des betreffenden Betrages und Konservirung als eines für Impfärzte bestimmten Fonds, so wie die Verwendung der Zinserträge desselben zur Zahlung von Prämien an die Angehörigen der Stammimpflinge für Gestattung der Entnahme von Impfstoff empfohlen. Der Betrag ist einstweilen bei der hiesigen Sparkasse zinsbar angelegt. Bei dem am 14. d M. hier zusammentretenden Kreistag wird daher der Antrag gestellt werden, daß die Kreisstände beschließen wollen, den Antheil des Kreises an dem Bestande des aufgelösten Vaccinationsfonds von 303 M. bei der hiesigen Sparkasse anzulegen und daraus die Fonds für Impfzwecke zu bilden. Der Beschluß über die Verwendung der Zinserträge soll jedoch vorbehalten bleiben und es sollen dieselben einstweilen dem Kapital zugeschlagen werden. — Bei dem Standesamte des hiesigen Polizeidistrikts sind 1877 302 Geburten, 161 Todesfälle angemeldet und 43 Eheschließungen vollzogen worden. Sämmtliche neugeborene Kinder und Eheschließungen erhielten auch die kirchliche Weihe.

◫ **Fraustadt**, 7. Januar. [Unglücksfall.] Am vorigen Sonnabend verunglückte in der Dominialbrennerei zu Geyersdorf ein Arbeiter dadurch, daß er sich mit kochender Schlempe derartig verbrühte, daß sein Tod bald darauf erfolgte.

a. **Birnbaum**, 7 Januar. [Statistisches. Einführung.] Im verflossenen Jahre 1877 wurden in der hiesigen evangelischen Parochie 345 Kinder, darunter 32 uneheliche, getauft. Getraut wurden 65 Paare, unter denen sich 14 ohne bräutliche Ehren befanden; die kirchliche Trauung ist von 3 Paaren nicht nachgesucht worden. Sühneversuche sind nur 8 vorgekommen. Zu Ostern wurden 101 Knaben und 108 Mädchen konfirmirt. An der öffentlichen Kommunion haben sich 5783 Personen betheiligt, und die Anzahl der Kranken-Kommunionen betrug 80. Es starben überhaupt 204 Personen, darunter 122 Kinder unter 10 Jahren und 2 Selbstmörder. — Heute wurde Lehrer Fennig als 4. Lehrer an der hiesigen Simultan-Mädchenschule in sein Amt eingeführt; es sind nunmehr wieder alle Stellen besetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

≙ **Schneidemühl**, 7. Jan. [Schwurgericht: Körperverletzung. Diebstahl Urkundenfälschung und Unterschlagung] Vor dem hier tagenden Schwurgerichte erschien heute zunächst die Wittwe Henriette Michaelis geb. Witt aus Selchow wegen vorsätzlicher Körperverletzung, welche den Tod eines Menschen zur Folge gehabt. Diese Sache kam jedoch nicht zur Verhandlung, da der Vertheidiger die Vertagung derselben beantragte, weil Anzeichen dafür sprächen, daß die Angeklagte die ihr zur Last gelegte That in einem Anfalle von Wahnsinn verübt habe. Der Gerichtshof gab diesem Antrage nach und beschloß, die Angeklagte während der Zeit bis zu nächsten Schwurgerichtsperiode durch den Gerichtsarzt beobachten und diesen dann als Zeugen mit vorladen zu lassen.

Der Arbeiter Thomas Kaschida aus Rosko ist geständig, in der Nacht vom 1. zum 2. Juni 1877 in Gemeinschaft mit einem anderen ihm unbekannten Manne in die verschlossene Schmiede des Schmiedemeisters Minge zu Dt. Neuteich eingebrochen und daraus eine Axt, ein Stück Eisen und einen Sack, ferner im Sommer 1876 dem Fabrikbesitzer Ulmann zu Hoppenhof aus einem unverschlossenen Stalle zwei Hühner gestohlen und endlich am 23. Januar 1877 auf dem Wege von Eichberg nach Hansfelde einen Alleebaum abgeschnitten zu haben. Derselbe wird ohne Zuziehung der Geschworenen in Anbetracht seiner mehrmaligen Vorbestrafung wegen Diebstahls zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren, Verlust der Ehrenrechte auf gleiche Dauer und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Die dritte Sache betraf den ehemaligen Briefträger Wilhelm Bensch aus Kreuz. Angeklagter war vom Jahre 1874 bis Ausgangs Oktober 1877 als vereidigter Landbriefträger bei dem Postamte zu Kreuz angestellt und hat sich als solcher im Laufe des Monats Oktober 1877 in elf verschiedenen Fällen des Verbrechens der Unterschlagung ihm amtlich anvertrauter Gelder und der Urkundenfälschung schuldig gemacht, indem er elf Postanweisungs-Quittungen gefälscht und die Beträge in Höhe von zusammen über 700 M. zu seinem Nutzen verwendet. Derselbe ist geständig und giebt an, daß er diese Gelder nur zur vorübergehenden Deckung einer ihm zu jener Zeit verloren gegangenen Summe von 372 M. verwendet habe. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu, er wurde zu einer Gefängnißstrafe von 2 Jahren und Verlust der Ehrenrechte auf gleiche Dauer verurtheilt.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Posen**, 7. Januar. Das „Landw. Centralb. f. d. Prov. Posen" wirft in seiner letzten Nummer einen Rückblick auf das verflossene Jahr in seinen Wirkungen für die Landwirthschaft unserer Provinz. Wir entnehmen demselben folgende Stellen:

Bedeutungsvoll für unsere Landwirthschaft ist die im Laufe des Jahres erfolgte Errichtung der Landwirthschaftsschule zu Fraustadt, sowie die Begründung der landwirthschaftlichen Central-Versuchsstation in Posen. Möchte aus diesen unserer Landwirthschaft gewidmeten Anstalten ein reicher Segen für dieselbe erwachsen! Die Zeit der handwerksmäßigen Empirie ist für die Landwirthschaft vorüber, in dem jetzigen Kampfe um's Dasein darf nur derjenige sich zu behaupten hoffen, welcher alle Hülfsmittel der Wissenschaft und Technik zu benutzen versteht. Zur Errichtung einer Anstalt für künstliche Fischzucht bei Bromberg sind die Vorarbeiten ausgeführt, überhaupt wendet sich in neuester Zeit das öffentliche Interesse der lange vernachlässigten Fischzucht in erfreulicher Weise zu. Für die Hebung der Pferde- und Rindviehzucht in den kleineren Wirthschaften ist durch Prämiirungen und Errichtung von Bullenstationen gesorgt worden. Die ersteren haben nach dem kompetenten Urtheile der Kommissare des landw. Provinzialvereins während der kurzen Dauer dieser Einrichtung bereits einen sichtbaren Einfluß ausgeübt, dagegen ist von der staatlichen Beihülfe zur Beschaffung edler Zuchtstiere noch nicht in dem wünschenswerthen Umfange Gebrauch gemacht worden, im allgemeinen dürfte wohl auch die Herbeiführung einer besseren Ernährung und Pflege der Thiere der Veredelung der Rasse vorauszugehen haben. In unseren landwirthschaftlichen Vereinen herrscht fast durchweg ein sehr reges Leben, und mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß auch die bäuerlichen Wirthe allmälig das Vereinswesen als Mittel zur Erweiterung ihrer Kenntnisse und zur Förderung ihrer Interessen anerkennen. Einige Rustikalvereine sind im Laufe des Jahres neu begründet worden, möchte ihre Zahl sich mehr und mehr vergrößern!

Ueberblicken wir weiter unseren Wirthschaftsbetrieb, so tritt uns fast überall ein ernstes wohlüberlegtes Vorwärtsstreben entgegen. Unsere Provinz ist von der Natur stiefmütterlich behandelt, ihr mangelt nicht allein der landschaftliche Reiz, der den Touristen anzieht, es fehlen ihr auch die mineralischen Bodenschätze, welche anderswo die Grundlage zu blühenden Industrien abgegeben haben. Politische und soziale Verhältnisse haben die Entwickelung unserer Provinz verzögert, erst spät ist diese dem Verkehr erschlossen worden, die klimatischen

(Beilage.)

Verhältnisse sind für den Ackerbau nicht besonders günstig, der Ackerboden ist zum Theil arm, die Absatzverhältnisse sind schwierig, schwieriger noch die Verhältnisse des Geldmarktes. Trotz alledem und alledem aber nimmt unsere Landwirthschaft — mit Selbstbewußtsein dürfen wir es sagen — bereits eine solche Stellung ein, daß sie den anderen mehr begünstigten Provinzen ebenbürtig an die Seite treten kann. Das Selbstbewußtsein hat seine Berechtigung, da diese Stellung mit schwerer Mühe erkämpft ist. Lässig darf unsere Landwirthschaft aber darum nicht werden, denn noch giebt es genug zu arbeiten und zu verbessern, besonders aber bildet der Zustand vieler unserer bäuerlichen Wirthschaften noch eine dunkle Partie in dem Bilde der hiesigen Landwirthschaft.

Im vergangenen Frühling kamen die Herbstsaaten verhältnißmäßig gut aus dem Winter, die Kälte dauerte zwar lange an, aber die Frühjahrsbestellung ging ohne Schwierigkeiten von Statten, und die Saaten entwickelten sich recht befriedigend. Im Juni steigerte sich die Temperatur plötzlich zur tropischen Hitze und drängte die Vegetation treibhausartig vorwärts. Die Heuernte vollzog sich dabei sehr rasch und lieferte in Quantität und Qualität gute Erträge. Während der Getreideernte aber trat anhaltendes Regenwetter ein, wodurch nicht allein die Erntearbeit sehr erschwert, sondern auch die Früchte theilweise beschädigt wurden. Glücklicherweise fehlte es nicht an Arbeitskräften, auch begünstigte die feuchte Witterung das Gedeihen der Futter- und Wurzelgewächse. Sehr zeitig im Jahre stellten sich Nachtfröste ein, regnerisches Wetter verzögerte die Herbsteinsaat und erschwerte die Kartoffel- und Rübenernte, das Grummet verdarb zum Theil auf den Wiesen. Von Mitte Oktober an hatten wir uns dagegen eines ungewöhnlich milden Nachsommers zu erfreuen, der bis in den Dezember hinein anhielt und die Saaten kräftigte, die ein mäßiger Schneefall in der Weihnachtswoche in eine schützende Decke hüllte. Mit Thauwetter nimmt das alte Jahr Abschied. — An Witterungskalamitäten hat es also im Laufe des Jahres nicht gemangelt, trotzdem war die Ernte in den meisten Früchten eine recht befriedigende, nur die Sommerhalmfrüchte, die Oelgewächse und die Erbsen machten Ausnahmen. Die Kartoffeln haben zwar nur einen mittleren Ertrag geliefert, die Knollen sind aber gesunder und haltbarer als man bei der Ernte erwartete, auch sind die Preise durch erheblichen Export nach England und Indien gestiegen. Vor Pflanzenkrankheiten, Insektenschäden, Hagelfällen, Ueberschwemmungen im größeren Maßstabe sind wir verschont geblieben, der Koloradokäfer und die Reblaus haben unsere Grenzen noch nicht überschritten. Heuschrecken haben sich zwar an einigen Orten eingefunden, ohne jedoch größere Verheerungen anzurichten. Am nachtheiligsten wurden die Feldmäuse im Herbste. Auch der Gesundheitszustand des Viehs gab zu besonderen Klagen keinen Anlaß, zwar hatten einige Wirthschaften durch Lungenseuche und Rotz empfindliche Verluste, doch trägt das neue Viehseuchengesetz sichtbar dazu bei, die Verbreitung dieser verderblichen Seuchen zu beschränken, und von der Rinderpest, die uns wiederholt sehr nahe gerückt erschien, sind wir glücklich verschont geblieben.

** **Graudenz**, 6. Januar. [Neue Zuckerfabrik.] Noch sind die Vorbereitungen zur Gründung einer Zuckerfabrik in Dirschau kaum abgeschlossen, und schon ist ein zweites Unternehmen der Art im Werke: auch in der pelpliner Gegend will man eine Rübenzuckerfabrik errichten. Der größte Theil der erforderlichen Verpflichtungen zum Rüben-Anbau ist bereits gezeichnet. Es fehlt nur noch die Zeichnung von etwa 500 Morgen. Sobald aber die nöthige Bodenfläche dem Rübenbau zugesichert ist, soll die Begründung der Fabrik versucht werden.

Vermischtes.

* **Brieg.** [Richter-Hagen in Verse gebracht.] Die „Volksztg." theilt den Toast mit, welchen ein Brieger Fortschrittler bei dem Souper zu Ehren Eugen Richters auf diesen ausgebracht hat und den die „sehr animirten" Herren mit Begeisterung aufgenommen haben sollen:

„Eugen Richter
Des Fortschritts Licht er,
Muthig ficht er,
Tapfer sticht er
Seiner Feinde Gelichter
Zu Boden, spricht er,
Es lebe Eugen Richter! —
Und ich bin der Dichter."

Die „Post" erlaubt sich dazu die gastronomisch-kritisch-politische Bemerkung: De gustibus non est disputandum.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 8. Januar. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die erste respektive erste und zweite Lesung von auf der Tagesordnung stehenden kleinen Gesetzvorlagen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Betheiligung des Staats an dem Eisenbahnbau Kiel-Eckernförde-Flensburg, wurde der Budgetkommission überwiesen, nachdem der Handelsminister gegenüber Rickert auf die Schwierigkeiten, die Frage wegen Betheiligung des Staats an den Sekundär Eisenbahnbauten gesetzlich zu regeln, hingewiesen und thunlichste Förderung des Sekundär-Eisenbahnwesens zugesichert hatte.

Briefkasten der Expedition.

Herrn **B.** in **B.** Die Gewinnliste der Kölner Dombau-Lotterie ist circa 8—10 Tage nach der Ziehung bei uns einzusehen oder das Resultat bei Anfragen per Korrespondenz-Karte mit Rückporto durch uns zu erfahren. Auch sind Gewinnlisten à 50 Pf. zu haben.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht
Erste Abtheilung
zu Bromberg,
den 4. Januar 1878,
Nachmittags 12½ Uhr.

Ueber das Vermögen der Handels-Gesellschaft **W. Molt**, sowie über das Privatvermögen der Gesellschafter Kaufleute **Hugo Binkowski** und **Paul Westphal** zu Bromberg ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den

2. Januar 1878

festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Albert Beckert** in Bromberg bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf d. 17. Januar 1878
Vormittags 11 Uhr,

in unserem Gerichtslokal, Terminszimmer Nr. 38 vor dem Kommissar Kreisgerichtsrath Zachariae anberaumten Termin ihre Erklärungen und Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen im Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

16. Februar 1878 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür erlangten Vorrecht bis zum

7. Februar 1878 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen auf

den 28. Februar 1878
Vormittags 11 Uhr,

vor dem oben genannten Kommissar im Terminszimmer Nr. 38 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Akkord verfahren werden.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderungen einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte, Justizräthe **Geßler, Schmidt** und **Joel** und die Rechtsanwälte **Kempner, Pottien, Sußmann** und **Selcke** sämmtlich in Bromberg und der Rechtsanwalt **Thiel** in Polnisch Crone zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **Jacob Ascher** zu Crone a. B. hat für seine Ehe mit Fräulein **Ernestine Gabali** aus Filehne durch Vertrag vom 11. September 1876 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Eingetragen in das Handels-Register zufolge Verfügung vom 2. Januar 1878 am 3. Januar 1878.

Bromberg, den 2. Januar 1878.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 752 die Firma:

Jacob Ascher

mit dem Sitze in Crone a. B. und als deren Inhaber der Kaufmann **Jacob Ascher** in Crone a. B. zufolge Verfügung vom 2 Januar 1878 am 3. Januar 1878 eingetragen worden.

Bromberg, den 2. Januar 1878.
Königliches Kreis-Gericht.
I. Abth.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **Hugo Binkowski** zu Bromberg hat für seine Ehe mit Fräulein **Ida Riebe** aus Posen durch Vertrag vom 29. September 1877 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Eingetragen in das Handels-Register zufolge Verfügung vom 31. Dezember 1877 am 3. Januar 1878.

Bromberg, den 31. Dezember 1877.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In der Konkurssache über das Vermögen des Kaufmanns **J. J. Salinger** zu **Czarnikau** ist der Kaufmann **H. R. Maske** zu **Czarnikau** zum definitiven Verwalter bestellt worden.

Schönlanke, den 24. Dezember 1877.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Posener Vorstadt Wallischei unter Nr. 11 belegene, dem Röhrmeister **Joh. Beck** und dessen Ehefrau **Elisabeth** geb. **Reinhardt** gehörige Haus-Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 444 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege **der nothwendigen Subhastation** am

Dienstag,
den 5. Februar k. J.
Vormittags um 10 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Wilhelmsstraße, Zimmer Nr. 61, versteigert werden.

Posen, den 10. November 1877.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Handelsregister.

In unser Gesellschafts-Register ist zufolge Verfügung vom 27. Dezember 1877 bei Nr. 182, woselbst die hiesige Aktien-Gesellschaft in Firma: **Teatr polski w ogrodzie Potockiego w Poznaniu** aufgeführt steht, heute in Kolonne 4 eingetragen:

Der Doktor der Philosophie **Wladislaus Lebinski** und der Rentier **Erasmus v. Zablocki**, Beide zu Posen, sind aus dem Vorstande ausgeschieden und an deren Stelle der Zeitungs-Redakteur **Franz Dobrowolski** und der Kaufmann **Stefan Cegielski**, Beide zu Posen zu Mitgliedern des Vorstandes durch den Notariats-Akt vom 17. Dezember 1877 vom Aufsichts-Rathe gewählt worden.

Posen, den 28. Dezember 1877.
Königliches Kreisgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Głuszyn**, unter Nr 7 belegene, den **Michalina Lukowska**'schen Erben gehörige Bauergrundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 15 Hektaren 75 Aren 80 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 113 Mark 13 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 Mark veranlagt ist, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Sonnabend,
den 9. Februar 1878,
Vormittags um 10 Uhr

im neuen Gerichtsgebäude, Wilhelmsstraße, Zimmer Nr. 61, versteigert werden.

Posen, den 10. November 1877.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Druckfehler-Berichtigung.

In der Aufkündigung von Pfandbriefen des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen, vom 13. Dezember pr., abgedruckt in der Posener Zeitung vom 15 Dezember pr., muß es am Schlusse statt Ser. XI a 100 Thlr. resp. 300 Mk., Ser. IX a 100 Thlr. resp. 300 Mark heißen.

Posen, d. 2. Januar 1878.
Königliche Direktion
des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Bekanntmachung.

Das durch Abbruch der alten Brückenjoche der Wallischei-Warthe-Brücke disponible Holz soll am

Donnerstag,
den 10. Januar cr.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Schweinemarkte öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu wir Kauflustige hiermit einladen.

Posen, den 8. Januar 1878.
Der Magistrat.

Deutsch-Russischer Eisenbahn-Verband.

Vom 13. Januar 1878 neuen Styls tritt unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufes ein provisorischer Ausnahmetarif für mehrere hauptsächliche Artikel des Russischen Exportes und Importes im Verkehr der Stationen der I. Gruppe Russischer Eisenbahnen, welche gleichzeitig Verbandstationen des Deutsch-Russischen Eisenbahnverbandes sind, in Kraft.

Die in diesem Ausnahmetarif enthaltenen Frachtsätze ab Schnittpunkt B. bezw. die (efr. Abschnitt IV. des Ausnahmetarifs) in den vom 1. Juli 1877 neuen Styls giltigen Eil- und Güter-Frachttabellen angegebenen Streckenfrachtsätze für die in dem Ausnahmetarif näher bezeichneten Artikel und die in demselben aufgeführten Russischen Stationen ab Schnittpunkt B. ermäßigen sich zeitweise um einen gewissen Prozentsatz.

Welcher Prozentsatz zur Anwendung zu bringen ist, wird durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger und den Kaiserlich Russischen Regierungsanzeiger, sowie durch Aushang in den Güterexpeditionen zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

Exemplare des provisorischen Ausnahmetarifs sind von den Stationskassen der Verbandstationen käuflich zu beziehen

Bromberg, den 31. Dezember 1877.
Königl. Direction der Ostbahn,
als geschäftsführende Verwaltung.

Bekanntmachung.

Zur Verdingung der Arbeiten zur Herstellung des Trottoirs vor dem neuen Packkammer-Gebäude, und zwar:

1. der Steinsetzerarbeiten, einschl. Material-Lieferung, veranschlagt auf 2300,24 M.
2. der Eisenguß-Arbeiten, veranschlagt auf 49,50 „

habe ich einen öffentlichen Anbietungs-Termin auf

Sonnabend,
den 16. Februar 1878,
Vormittags 11 Uhr

in meinem Dienstzimmer angesetzt, woselbst die Bedingungen zur Einsicht ausliegen und verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote rechtzeitig und kostenfrei einzureichen sind.

Posen, den 4. Januar 1878.
Der Post-Baurath.
In Vertretung.
Haake.

Holz-Lizitationen.

Am Freitag,
den 18. Januar cr.,
von früh 9 Uhr ab,
im **Schiller**'schen Gasthofe zu Neustadt b/P. und
am Freitag,
den 25. Januar cr.,
von früh 9 Uhr ab,

im **Morzyński**'schen Gasthofe in Neutomischel sollen ca. **500 kieferne Bauhölzer** in verschiedenen Stärken und **50 Stück Hopfensäulen** aus den Jagen 15 und 57 des Reviers Theerofen, sowie gut ausgetrocknete **Erlen- und Kiefern Brennhölzer** in verschiedenen Sortimenten versteigert werden.

Buchwerder, den 2. Jan. 1878.
Der Königliche Oberförster
Schaeffer.

Bekanntmachung.

In den Forsten des Fürstenthums **Krotoschin** sind pro 1877/8 1978,90 Festmeter Eichen-Nutz- resp. Schiffsholz angefallen, welche in 6 Loosen im Wege der Lizitation in nachstehender Reihenfolge an den Meistbietenden werden verkauft werden.

Loos Nr.	umfaßt	Stämme mit	Festmeter im Revier
1	235	297,20	Hellefeld,
2	722	718,01	Blankensee,
3	118	199,17	Korytnica,
4	204	212,57	Smoszewo,
5	270	381,19	Glisnica,
6	173	170,76	Łakoczyn.

Zu dem

am 24. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr,

in dem Amtslokale des unterzeichneten Forstamtes zu **Fried.-Wilh.-Hahn** bei Krotoschin abzuhaltenden Lizitations-Termin werden Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen, daß die Lizitations-Bedingungen und Aufmaßregister bei den betreffenden Revierförstern und Förstern eingesehen werden können. Letztere sind angewiesen den sich meldenden Interessenten die Besichtigung der Hölzer zu gestatten.

Jeder Lizitant hat eine Kaution von 33⅓ Prozent des Auswurfspreises von demjenigen Loose, auf welches er bieten will, in preußischem Gelde oder inländischen Werthpapieren zu erlegen.

Die Kaufgelder sind innerhalb 14 Tagen nach dem Zuschlage an die Fürstliche Rentkammer-Haupt-Kasse zu zahlen. Letzterer, der Zuschlag, erfolgt falls ein entsprechender Preis erzielt wird, und findet eine Versteigerung sämmtlicher Loose zusammen nicht statt.

Fried.-Wilh.-Hahn, den 5. Januar 1878.
Fürstlich Thurn und Taxissches Forstamt Krotoschin.

Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen am 7. Januar 1878.

Aktiva: Metallbestand M. 717,390; Reichs-Kassenscheine M. 2,340, Noten anderer Banken M. 121,000; Wechsel M. 4,128,660; Lombardforderungen M. 1,010,850; sonstige Aktiva M. 586,950.

Passiva: Grund-Kapital M. 3,000,000, **Reserve-Fonds M. 722,170;** umlaufende Noten M. 2,058,500; sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 103,450; an eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten M. 343,880. Sonstige Passiva M. 15,740.

Weiter begebene, im Inlande zahlbare Wechsel M. 254,340.

Die Direktion.

Oeffentliche Submission

zur Vergebung der sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen für den Bau

zweier Forts und eines Zwischenwerkes bei Posen.

Am 14. Februar 1878
Vormittags 10 Uhr

sollen im Büreau der Fortifikation zu Posen — Magazinstraße 8 — sämmtliche zum Bau zweier Forts und eines Zwischenwerkes erforderlichen Lieferungen und Arbeiten in General Entreprise an geeignete inländische Bau-Gesellschaften vergeben werden.

Der Bau **eines Forts** umfaßt annähernd
112,000 Kbm. Bodenbewegung
und
37,000 Kbm. Mauerwerk;
der Bau eines Zwischenwerkes:
26,000 Kbm. Bodenbewegung
und
10,000 Kbm. Mauerwerk.

Das für den Bau eines Forts nachzuweisende Betriebskapital ist auf 75,000 Mark, für das Zwischenwerk auf 30,000 Mark, die einzuzahlende Kaution auf 30,000 Mark, bezw. 13,000 Mark festgesetzt.

Die Bedingungen nebst den Preisverzeichnissen können ebenso, wie die Kostenanschläge und Zeichnungen, im Büreau der Fortifikation eingesehen werden; auch werden die Bedingungen und Preisverzeichnisse gegen Franko-Einsendung von 10 Mark auf Verlangen zugesandt.

Posen, den 28. Dezember 1877.
Königliche Fortifikation.

Familien-Nachrichten.

Heute Nacht wurden durch die Geburt eines Töchterchen hoch erfreut.
Posen, den 8. Januar 1878.
Ph. Fischer u. Frau.

Heute Nachmittag 5¼ Uhr verschied nach schweren Leiden der Gutsbesitzer
Emil Liedelt.
Beerdigung am Donnerstag 1 Uhr Mittags.
Ottowko bei Gostyn, den 7. Januar 1878.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Frl. Emmy v. Hellermann mit Hrn. Oscar Dennerlein in Berlin. Verw. Frau Fanny von Daum geb. von Wenßky-Petersheyde mit Rittergutsbesitzer Theodor von Wallenberg auf Maria Höschen und Breslau. Frl. Bertha Trowitzsch mit Hauptmann a. D. Freiherr Ernst von Seckendorff auf Erkenbrechtshausen in Jaxt. Frl. Helene Neupert mit Lieutenant Otto Schneider in Catharinenfeld und Aurich. Frl. Marie Felbig mit Maurermeister Carl Schmidt in Berlin.

Verehelicht. Gymnasial-Oberlehrer Dr. Fr. van Hoffs mit Frl. Elise Sack in Emmerich und Essen. Herr Julius Jung mit Frl. Friederike Ahlers in Friesack in Berlin.

Geboren: Ein Sohn den Herren: Eisenbahn-Betriebs-Inspektor W. Hoffmann in Weißenfels, A. Dinse in Berlin. – Eine Tochter den Herren: Frhr. von Wolzogen in Duberzin; Lieutenant von Wallenberg in Breslau; Landrath Rupprecht in Heinrichswalde; Clemens Kimmel in Berlin. Julius Daun in Berlin.

Gestorben. Frl. Amalie v. Hoffmann in Ober-Röversdorf. Freiherr Bleckert von Wachtmeister in Stargard i. Pomm. Regierungsrath Freiherr von Senden-Bibran Tochter Elinor in Berlin. Prediger Leopold Schultz in Crangen. Frau Major Hermine von Carlshausen geb. v. Heppe in Gubrau i. Schl. Haupt-Rendant a. D. Ludwig Hagen in Dresden. Gymnasiallehrer Thilo Lehmann in Schloß Elsterwerda. Hauptmann a. D. Robert Tramnitz in Merseburg. Major a. D. Heinrich Leopold Thiemig in Lüneburg. Hauptmann von Welsien Sohn Paul in Berlin. Geh. Rechnungsrath a. D. F. Zehrmann in Berlin. Dr. phil. Wilhelm Schwarz in Berlin. Verw. Frau Justizrath Rückward geb. Klaputt in Berlin.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.